

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 47/2021

25. November 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Verwaltungsvorschrift Polizeibekleidungswirtschaft vom 5. November 2021 1470

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Form und zum Vollzug der Bekanntmachung von Allgemeinverfügungen im Infektionsschutzrecht Az.: Z-5012/45/13-2021/45398 vom 16. November 2021 1471

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus Krankheit-2019 (COVID-19) (Sächsische Corona-Hygiene-Allgemeinverfügung – SächsCoronaHygAV) Az.: 21-0502/3/28-2021/165044 vom 5. November 2021 1472

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Errichtung einer Fachservicestelle für Alltagsbegleitung, Nachbarschaftshilfe, anerkannte Angebote zur Unterstützung im Alltag und pflegende Angehörige vom 18. November 2021 1482

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkungen Borna, Obertitz und Droßkau vom 11. Oktober 2021 1485

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkungen Niederfrankenhein und Flößberg vom 11. Oktober 2021 1486

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Regionalen Zweckverbandes kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain Gz.: 20-2217/16/2 vom 5. November 2021 1487

Neufassung der Verbandssatzung des Regionalen Zweckverbandes kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain vom 22. Juni 2021 1487

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur JPD Stiftung, vormals Preiss-Daimler Stiftung/Medical Equipment und Research Gz.: 20-2245/326/3 vom 8. November 2021 1494

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ vom 19. Oktober 2021 1495

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ 1496

Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Anerkennung der Forstbetriebgemeinschaft „Großenhainer Land w.V.“ vom 3. November 2021 1497

Bekanntmachung des Landratsamtes Nordsachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“ vom 3. November 2021 1498

Neufassung der Verbandssatzung des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“ 1499

Bekanntmachung der Ingenieurkammer Sachsen über Veränderungen in der Liste der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen vom 25. Oktober 2021 1506

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
zur Änderung der Verwaltungsvorschrift Polizeibekleidungswirtschaft
Vom 5. November 2021

I.

Die VwV Polizeibekleidungswirtschaft vom 5. April 2011 (SächsABl. S. 595), die durch Ziffer XIII der Verwaltungsvorschrift vom 1. März 2012 (SächsABl. S. 336) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABl. SDr. S. S 339), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer IV Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe a wird die Angabe „300 EUR“ durch die Angabe „500 Euro“ ersetzt.
 - b) Buchstabe b wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „zu Lasten des Kapitels 0312 Titel 514 02“ gestrichen.
 - bb) Satz 2 wird aufgehoben.

- c) Buchstabe d wird wie folgt gefasst:

„d) Ab dem zweiten Jahr wird jährlich eine weitere Einkleidungsbeihilfe für die erforderliche Ersatzbeschaffung und Ergänzungsausstattung von Abendkleidung in Höhe von 200 Euro gewährt. Für den Antrag ist das in Anlage 4 beige-fügte Muster zu verwenden.“

2. In der Anlage 4 wird die Angabe „300 EUR“ durch die Angabe „200 Euro“ ersetzt.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 5. November 2021

Der Staatsminister des Innern
Prof. Dr. Roland Wöller

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Verwaltungsvorschrift

des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus

zur Form und zum Vollzug der Bekanntmachung von

Allgemeinverfügungen im Infektionsschutzrecht

Az.: Z-5012/45/13-2021/45398

Vom 16. November 2021

Aufgrund des § 1 Satz 1 des Sächsischen Verwaltungsvorschriftengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Februar 2006 (SächsGVBl. S. 25) erlässt das Sächsische Staatsministerium für Kultus zur Form und zum Vollzug der Bekanntmachung von Allgemeinverfügungen, die im Infektionsschutzrecht erlassen werden, folgende Regelung:

schutzrecht wird auf der Internetseite des Freistaates Sachsen unter <https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html> bewirkt. Der dort veröffentlichte Text ist rechtlich maßgeblich. Nachrichtlich sollen die Allgemeinverfügungen zudem im Sächsischen Amtsblatt veröffentlicht werden.

I. Regelungsgegenstand

Diese Verwaltungsvorschrift regelt die Form und den Vollzug der Bekanntmachung von Allgemeinverfügungen, die das Sächsische Staatsministerium für Kultus im Infektionsschutzrecht erlässt. Die Allgemeinverfügungen beruhen auf der Zuständigkeit des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus nach Maßgabe der Infektionsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 83), die zuletzt durch die Verordnung vom 20. Juli 2021 (SächsGVBl. S. 766) geändert worden ist, in ihrer jeweils geltenden Fassung.

II. Form der Bekanntmachung

Die Bekanntmachung von Allgemeinverfügungen des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus im Infektions-

III. Vollzug der Bekanntmachung

Die ortsübliche Bekanntmachung ist aufgrund der Eilbedürftigkeit der Allgemeinverfügungen, die das Sächsische Staatsministerium für Kultus im Infektionsschutzrecht erlässt, mit Ablauf des Tages vollzogen, an dem die Allgemeinverfügung auf der in Ziffer II genannten Internetseite verfügbar ist.

IV. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 16. November 2021

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus Krankheit-2019 (COVID-19) (Sächsische Corona-Hygiene-Allgemeinverfügung – SächsCoronaHygAV)

Az.: 21-0502/3/28-2021/165044

Vom 5. November 2021

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt erlässt auf der Grundlage von § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 und § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 und 6 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), von denen § 28 Absatz 1 Satz 1 durch Artikel 1 Nummer 16 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) geändert, § 28 Absatz 1 Satz 2 durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst, § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 6 durch Artikel 1 Nummer 17 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) eingefügt und § 28a Absatz 3 durch Artikel 12 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist und der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 (SächsGVBl. S. 1232) folgende

Allgemeinverfügung

Zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) und mit Bezug auf die Infektionszahlen werden folgende Regelungen getroffen:

I. Allgemeines

Bei der Öffnung, Inanspruchnahme und dem Betrieb von Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen, Veranstaltungen und sonstigen Angeboten ist ein eigenes schriftliches Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen. Dieses muss die Vorgaben der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung, die allgemeinen Hygieneregeln der Ziffer I sowie die jeweiligen besonderen Hygieneregeln der Ziffer II beinhalten.

1. Grundsatz

- a) Es wird auf die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 (SächsGVBl. S. 1232) Bezug genommen.
- b) Das Hygienekonzept benennt einen verantwortlichen Ansprechpartner vor Ort. Dieser ist für die Einhaltung und Umsetzung des Hygienekonzepts, der geltenden

Kontaktbeschränkungen und Abstandsregelungen sowie der Pflicht zum Tragen des vorgeschriebenen medizinischen Mund-Nasen-Schutzes oder persönlicher Schutzausrüstungen verantwortlich.

- c) Soweit das 2G-Optionsmodell gemäß § 6a der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung Anwendung findet, besteht keine Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, zur Kontakterfassung und zur Einhaltung des Mindestabstandes sowie keine Beschränkung hinsichtlich der Auslastung der Höchstkapazität.
- d) Für in Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge untergebrachte oder tätige Personen treffen die Unterbringungsbehörden einrichtungs- und objektabhängige Hygieneregeln in Abstimmung mit den zuständigen Behörden.

2. Allgemeine Hygienebestimmungen

- a) Nur Personen ohne typische Symptome, die auf eine SARS-CoV-2 Infektion hinweisen, dürfen Betriebe, Einrichtungen und Angebote betreten, besuchen beziehungsweise nutzen. Die Betriebe und Einrichtungen sind angehalten, auf die Beachtung dieser Hygienevorschrift hinzuweisen.
- b) Die Husten- und Niesetikette ist zu beachten und einzuhalten.
- c) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass sich alle Personen nach dem Betreten von Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen, Veranstaltungen und vor der Nutzung von sonstigen Angeboten die Hände waschen beziehungsweise desinfizieren können. Die Möglichkeiten zum Händewaschen (mit entsprechendem Abstand zueinander) sind mit Flüssigseife und zum Abtrocknen mit Einmalhandtüchern auszurüsten. Elektrische Handtrockner sind weniger geeignet, können aber belassen werden, wenn sie bereits eingebaut sind.
- d) Dem häufigen Händewaschen und gegebenenfalls Desinfizieren ist der Vorzug gegenüber dem Tragen von Einmalhandschuhen zu geben.
- e) Die bedarfs- oder nutzungsabhängige Reinigung von Flächen, Gegenständen und Trainingsgeräten ist un-

ter Beibehaltung der bisherigen Frequenz regelmäßig durchzuführen.

- f) Die Reinigung oder Desinfektion von Flächen und Gegenständen, die häufig von Kunden beziehungsweise Besuchern berührt werden, hat regelmäßig zu erfolgen. Kunden beziehungsweise Besuchern ist die Reinigung oder Desinfektion dieser Gegenstände oder Flächen, soweit umsetzbar, vor der Nutzung zu ermöglichen.
- g) Die Nutzung von interaktiven Konzepten mit zusätzlichen Kontakten (Tastenbedienung, Touchscreens, Kopfhörer und so weiter) sowie die Nutzung von Audioguides sind zu vermeiden (Zulassung nur mit mitgebrachten eigenen, käuflich erwerbenden, personenbezogenen Kopfhörern oder Verwendung von Einmalüberzügen oder reinigungsfähigen Schutzhüllen).

3. Kontakterfassung

- a) Es ist ein Konzept zur Kontakterfassung zu erstellen und umzusetzen, soweit dies nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vorgeschrieben ist.
- b) Die Nutzung der Corona-Warn-App des Bundes wird dringend empfohlen.

4. Masken

- a) Das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (sogenannte OP-Maske), einer FFP2-Maske oder vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, wird dringend empfohlen, soweit ein Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann.
- b) Das Hygienekonzept hat die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes, einer FFP2-Maske oder vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, umzusetzen, soweit die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung dies vorschreibt. Kunststoffvisiere und Vergleichbares gelten nicht als Mund-Nasen-Schutz im Sinne dieser Allgemeinverfügung.

5. Abstand

- a) Die Einhaltung eines Mindestabstandes von 1,5 Metern zu unbekannten Dritten wird dringend empfohlen.
- b) Im Hygienekonzept sind Vorkehrungen zu treffen, die die Einhaltung des Mindestabstandes von 1,5 Metern ermöglichen, soweit diese Allgemeinverfügung nichts anderes regelt.
- c) In Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen sowie bei Veranstaltungen und sonstigen Angeboten im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2, 7 und 9 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung ist ein Mindestabstand von 1,5 Metern zu unbekannten Dritten einzuhalten, soweit diese Allgemeinverfügung nichts anderes regelt.
- d) Zur Ermöglichung der Einhaltung eines Mindestabstandes von 1,5 Metern können eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen in Abhängigkeit von der Raumgröße, Zugangsbeschränkungen oder andere organisatorische Maßnahmen gewählt werden. Abstandsmarkierungen auf dem Boden können als Orientierung hilfreich sein. Auf die Empfehlung zur Einhaltung des Mindestabstands ist gegebenenfalls auch vor dem Gebäude hinzuweisen.
- e) Enge Bereiche sind zu vermeiden und gegebenenfalls umzugestalten. Warteschlangen sind zu vermeiden.
- f) Soweit die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung Vorgaben zur Kontaktbeschränkung regelt, sind diese im Hygienekonzept umzusetzen.

6. Lüften

- a) Soweit die baulichen Gegebenheiten es zulassen, sind genutzte Räume häufig gründlich durch Stoß- oder

Querlüften zu lüften, siehe auch UBA Empfehlungen vom 13. August 2020 und 17. August 2021 beziehungsweise BAUA-Publikation, September 2020 Absatz 6 und 7.1. Dabei sollten Büroräume mindestens stündlich, Seminar- und Besprechungsräume alle 20 Minuten gründlich gelüftet werden. Die Einschätzung des Zeitpunktes, wann eine erneute Lüftung erforderlich ist, kann durch den Einsatz von CO₂-Sensoren beziehungsweise „Ampeln“ unterstützt werden.

- b) Bei Veranstaltungen im Innenbereich müssen die Hygienekonzepte Vorgaben zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen enthalten, die eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Veranstaltung gewährleisten.

7. Testpflicht

Wenn für den Zutritt zu einer Einrichtung ein negativer Testnachweis erforderlich ist, kann der Test vor Ort unter Aufsicht durchgeführt werden, wenn die örtlichen und personellen Gegebenheiten dies zulassen.

8. Arbeitsschutz und Konzepte

- a) Betriebe und Einrichtungen haben bei der Erstellung und Umsetzung von Hygiene- und Infektionsschutzkonzepten die Vorgaben zum Arbeitsschutz und die Inhalte aktueller branchenüblicher Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände und die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtung zu berücksichtigen. Zudem sind die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen. Auf die Hygieneregeln nach dem jeweiligen Hygiene- und Infektionsschutzkonzept ist in angemessener Weise hinzuweisen (beispielsweise durch die Verwendung von Piktogrammen, Hinweisschildern oder Plakaten).
- b) Arbeitgeber haben auf der Grundlage einer aktualisierten Gefährdungsbeurteilung besondere Arbeitsschutzmaßnahmen durchzuführen. Dabei sind die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard, die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel und, soweit vorhanden, deren branchenspezifischen Anpassungen durch den zuständigen Unfallversicherungsträger oder die Arbeitsschutzbehörde sowie die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes zum Infektionsschutz in ihren jeweiligen geltenden Fassungen und ergänzend Konzepte und Empfehlungen der Fachverbände zu berücksichtigen.
- c) Tätigkeits- und Beschäftigungsverbote nach dem Infektionsschutzgesetz sowie die Regelungen zu Kontaktpersonen sind zu beachten.
- d) Personal ist in Bezug auf die Einhaltung der Hygieneregeln während der Corona-Pandemie regelmäßig zu informieren.

9. Raumlufttechnische Anlagen (zum Beispiel Klimaanlage)

- a) Da durch die Nutzung der Räume ein Überströmen und Verwirbeln der Luft nicht vermieden werden kann, bleiben Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen vom Lüftungskonzept eines Raumes unbenommen.
- b) Für Lüftungsanlagen in Bereichen mit medizinischen Sonderanforderungen, beispielsweise intensiv-medizinisch betreute Patienten, sind die Strömungsanforderungen gemäß den geltenden Normen beziehungsweise Empfehlungen (zum Beispiel der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene) für raumlufttechnische Anlagen in medizinischen Einrichtungen einzuhalten.
- c) Für sonstige Räume und in Bereichen ohne medizinische Sonderanforderungen im medizinischen und Pflege-

gebereich werden keine zusätzlichen Forderungen zu Lüftungstechnischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie erhoben. COVID-19-Patienten müssen nicht in zwangsbelüfteten Räumen untergebracht werden; vorhandene Lüftungen müssen nicht abgeschaltet werden. Da durch Fachkreise (zum Beispiel Kommission Reinhaltung der Luft vom VDI) nach derzeitigem Wissen die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung von SARS-CoV-2 über raumluftechnische Anlagen (RLTA) in Restaurants, Geschäften und Ähnlichen als sehr gering eingeschätzt wird, sollen raumluftechnische Anlagen nicht abgeschaltet werden. Es gelten die Anforderungen der Richtlinie VDI 6022; Wartungen sind regelmäßig durchzuführen. Bei RLTA mit Außenluft sollte das Außenluftvolumen erhöht werden, um einen entsprechenden Luftwechsel zu erreichen. In Räumen mit RLTA ohne zugeführte Außenluft sowie in Räumen ohne mechanische Lüftung ist während der Nutzung so oft wie möglich quer zu lüften, da Frischluft zur schnellen Verdünnung eventueller Virenlasten beiträgt.

II. Besondere Regelungen

Für die im Folgenden genannten Einrichtungen und Angebote gelten zusätzlich folgende besondere Hygieneregeln:

1. Besondere Hygieneregeln für die Speisenversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den Gastronomiebetrieb im Innen- und Außenbereich einschließlich von Veranstaltungen und Festen

- a) Für den Gastronomiebetrieb im Innenbereich wird ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den belegten Stühlen benachbarter Tische vorgeschrieben. Sitz- und Stehplätze sind so zu gestalten, dass ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zu unbekannten Dritten sicher gewährleistet ist. Bis zum Erreichen und beim Verlassen des Sitzplatzes ist von den Gästen mindestens eine medizinische Gesichtsmaske zu tragen. Personal ist zum Tragen mindestens einer medizinischen Gesichtsmaske verpflichtet.
- b) Die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes, einer FFP2-Maske oder einer vergleichbaren Atemschutzmaske entfällt, soweit die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet. § 2 Absatz 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gilt entsprechend.
- c) Die Einhaltung der Hygieneregeln für Buffets ist durch Servicepersonal zu beaufsichtigen. Die Bildung von Warteschlangen ist zu vermeiden.
- d) Wird das Shisha-Rauchen in gastronomischen und vergleichbaren Einrichtungen angeboten, ist sicherzustellen, dass pro Person eine Shisha/Wasserpfeife benutzt wird (außer bei Personen, die zu einem Hausstand gehören), Einwegschläuche und Einwegmundstücke benutzt werden, die Zubereitung der Shisha mit Handschuhen und Mundschutz erfolgt und jede Shisha nach der Benutzung gründlich gereinigt und desinfiziert wird. Dazu gehört auch die Reinigung des Glaskörpers mit einem desinfizierenden Reinigungsmittel. Nach dem Reinigen muss der Glaskörper vollkommen getrocknet werden. Erst unmittelbar vor der nächsten Nutzung darf der Glaskörper wieder mit Wasser gefüllt werden.

2. Besondere Hygieneregeln für Beherbergungsangebote

- a) Müssen Bereiche in den Unterkünften von unterschiedlichen Personen genutzt werden, zum Beispiel Aufenthaltsbereiche, Sanitärräume und Küchen, sollen, wenn der Mindestabstand nicht gewährleistet werden kann,

durch organisatorische Maßnahmen Kontakte zwischen unbekannten Dritten vermieden werden. Geeignet sind zum Beispiel unterschiedliche Nutzungszeiten, die im Voraus festgelegt werden. Außerdem müssen die Räume zwischen den Nutzungen ausreichend gelüftet werden.

- b) Bei der Unterbringung in Sammelunterkünften ist darüber hinaus die Einhaltung des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichten SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards zu gewährleisten.

3. Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen

- a) Um den Mindestabstand der Nutzer untereinander einhalten zu können, sollen Hinweise angebracht werden, wie viele Personen maximal in den Sanitärräumen zulässig sind.
- b) Es müssen ausreichend geeignete Möglichkeiten zum Händewaschen (möglichst mit entsprechendem Abstand zueinander) vorhanden sein, ausgerüstet mit Flüssigseife. Bringen die Nutzer keine eigenen Handtücher mit, sind zum Abtrocknen Einmalhandtücher optimal. Die Behälter zur Aufnahme der Einmalhandtücher sind mit reißfesten Müllsäcken auszukleiden und regelmäßig zu leeren.
- c) Die Nutzer sind anzuhalten, die Hände nach der Nutzung der Sanitäranlage zu waschen.
- d) Sämtliche Verunreinigungen insbesondere von Kontaktflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr sind umgehend zu beseitigen. Dafür sind gegebenenfalls mehrmals täglich Kontrollen und bei Beanstandungen unverzügliche Reinigungen notwendig.

4. Besondere Hygieneregeln für Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung und Prostitution

- a) Benutzte Gerätschaften, Arbeits- und Hilfsmittel sind nach Anwendung am jeweiligen Kunden wie üblich aufzubereiten. Sämtliche Verunreinigungen, insbesondere von Arbeitsflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr, sind unverzüglich zu beseitigen.
- b) Im Übrigen wird auf die einschlägigen Vorschriften der Sächsischen Hygiene-Verordnung vom 7. April 2004, die durch Artikel 3 der Verordnung vom 8. Dezember 2009 (SächsGVBl. S. 594) geändert worden ist, verwiesen.

5. Besondere Hygieneregeln für Angebote der Musik- und Tanzschulen, für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren

- a) Für Musikschulen und den Musikunterricht durch freiberufliche Musikpädagogen wird empfohlen, beim Spielen von Blasinstrumenten und beim Singen ein Abstand von drei Metern zur nächsten Person in Blasrichtung sowie von zwei Metern seitlich zur nächsten Person einzuhalten. Beim Singen wird empfohlen, zwischen den Sängern beziehungsweise nach vorn und hinten ein Abstand von zwei Metern einzuhalten und zwischen Sänger und Gesangsleiter einen Abstand von drei Metern einzuhalten.
- b) Bei Blasinstrumenten ist das Kondenswasser aufzufangen. Benutzte Einmaltücher sind in reißfesten Müllsäcken zu sammeln und zu entsorgen. Textiltücher sind nach der Nutzung entsprechend zu waschen.
- c) Besondere Hygieneregeln für die Tanzschulen und Tanzsportvereine:
 - Es ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Trainingszeit gewährleistet.
 - Beim Tanzen mit einem festen Partner besteht keine Maskenpflicht.

d) **Besondere Hygieneregeln für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren:**

- Beim Betreten und Verlassen der Räumlichkeiten werden Maßnahmen empfohlen, die das Entzerren der Personenströme ermöglichen.
- Regelmäßige Lüftungspausen (idealerweise Querlüftung, spätestens nach 20 Minuten) sind zwingend einzuhalten und die Gesamtprobenzeit ist möglichst kurz zu halten. Nach jeder Probe oder Aufführung ist gründlich zu lüften (mindestens 15 Minuten).

6. Besondere Hygieneregeln für Kultur- und Sportveranstaltungen

a) Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Vorgaben

- zur Besucherobergrenze,
- zur Platzbelegung (Festlegung der Gruppengröße, die maximal gemeinsam Plätze belegen darf, in einer Reihe, in zwei oder mehreren hintereinanderliegenden Reihen, zur Abstandsregelung zwischen Gruppen, Reihen und Plätzen; zur Festlegung von Wegesystemen [Einbahnstraßensysteme] et cetera),
- zur eingeschränkten Vergabe von Sitz- und Stehplätzen,
- zu Zugangs- und Abgangsregelungen,
- zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen,
- zu Maßnahmen zur Entzerrung der An- und Abfahrt (gegebenenfalls Abstimmung mit dem ÖPNV, Festlegungen für Parkplätze und Radparkplätze et cetera),
- zur Begrenzung des Alkoholausschanks,
- zum Einsatz von Sicherheitspersonal,
- zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske im Innenbereich,
- zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung unter freiem Himmel an allen Orten, wo der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, enthalten müssen.

b) Werden Veranstaltungen im Innenbereich mit Publikum durchgeführt, ist eine Zutrittsbegrenzung für eine maximale Personenzahl umzusetzen. Diese ist so zu wählen, dass zu unbekannten Dritten ein Mindestabstand von 1,1 Metern eingehalten wird beziehungsweise bei der Vergabe von festinstallierten Sitzplätzen jeweils mindestens ein Sitzplatz zwischen unbekannten Dritten freigelassen wird.

c) Die Vorgaben in Ziffer II Nummer 6 Buchstabe b gelten nicht, wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 35 unterschreitet, die Vorwarn- oder Überlastungsstufe nach § 2 Absatz 4 oder 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht erreicht ist und der Zutritt zu der Veranstaltung nur mit negativem tagesaktuellen Test beziehungsweise Impf- oder Genesenennachweis gewährt wird.

7. Besondere Hygieneregeln für Veranstaltungen im Innenbereich mit bis 1 000 Besuchern

Bei Veranstaltungen im Innenbereich mit bis zu gleichzeitig 1 000 Besuchern gilt weder eine Verpflichtung zur Einhaltung eines Mindestabstands noch eine Beschränkung der Höchstkazität, soweit vom Veranstalter ausschließlich Besucher zugelassen werden, die einen Impf- oder Genesenennachweis oder einen negativen Testnachweis nach § 4 Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung (PCR-Test) vorlegen. Dies gilt nicht bei Geltung der Vorwarn- oder Überlastungs-

stufe nach § 2 Absatz 4 oder 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung.

8. Besondere Hygieneregeln für Großveranstaltungen

a) Die Veranstalter haben von der zuständigen Behörde zu genehmigende individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Vorgaben

- zur Kontakterfassung, vorzugsweise durch personalisierte Ticketvergabe,
- zur Festlegung von Wegesystemen (Einbahnstraßensysteme und so weiter),
- zu Zugangs- und Abgangsregelungen,
- zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen,
- zu Maßnahmen zur Entzerrung der An- und Abfahrt (gegebenenfalls Abstimmung mit dem ÖPNV, Festlegungen für Parkplätze und Radparkplätze und so weiter),
- zur Begrenzung des Alkoholausschanks und zum Zutrittsverbot für erkennbar alkoholisierte Personen,
- zum Einsatz von Sicherheitspersonal,
- zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske abseits des eigenen Platzes sowie
- zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test beziehungsweise Impf- oder Genesenennachweis enthalten müssen. Ziffer I Nummer 5 Buchstabe b findet keine Anwendung.

b) Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 35 haben die Veranstalter im von der zuständigen Behörde zu genehmigenden individuellen Hygienekonzept zusätzlich zu den Vorgaben nach Ziffer II Nummer 8 Buchstabe a auch Vorgaben zu treffen

- zur Umsetzung der Kapazitätsbeschränkung gemäß § 10 Absatz 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung sowie
- bei Großveranstaltungen im Innenbereich oder bei allen Großveranstaltungen mit mehr als 5 000 Besuchern (im Innen- und Außenbereich) zu einer eingeschränkten Vergabe von Steh- und Sitzplätzen, so dass zu unbekannten Dritten ein Mindestabstand von 1,1 Metern eingehalten wird beziehungsweise bei der Vergabe von festinstallierten Sitzplätzen jeweils mindestens ein Sitzplatz zwischen unbekannten Dritten freigelassen wird. Dies gilt nicht für Großveranstaltungen im Innenbereich mit bis zu gleichzeitig 5 000 Besuchern, soweit vom Veranstalter ausschließlich Besucher zugelassen werden, die einen Impf- oder Genesenennachweis oder einen Testnachweis nach § 4 Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vorlegen.

c) Während der Geltung der Vorwarn- oder Überlastungsstufe nach § 2 Absatz 4 oder 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung haben Veranstalter im von der zuständigen Behörde zu genehmigenden individuellen Hygienekonzept zusätzlich zu den Vorgaben nach Ziffer II Nummer 8 Buchstabe a auch Vorgaben zu treffen

- zur Umsetzung der Kapazitätsbeschränkung gemäß § 10 Absatz 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung und der zwingenden Vorlage eines Impf- oder Genesenennachweises (negativer tagesaktueller Test nicht mehr ausreichend),
- bei Großveranstaltungen im Innenbereich oder bei allen Großveranstaltungen mit mehr als 5 000 Besuchern (im Innen- und Außenbereich) zu einer eingeschränkten Vergabe von Steh- und Sitzplätzen, so dass zu unbekannten Dritten ein Mindestabstand von 1,1 Metern eingehalten wird beziehungsweise

bei der Vergabe von festinstallierten Sitzplätzen jeweils mindestens ein Sitzplatz zwischen unbekannten Dritten freigelassen wird.

d) Für landestypische Veranstaltungen mit fließenden Besucherströmen, insbesondere Weihnachtsmärkte sowie Bergparaden gelten darüber hinaus folgende besondere Hygieneregeln:

- Während der Geltung der Vorwarn- oder der Überlastungsstufe nach § 2 Absatz 4 oder 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung findet § 10 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2, Satz 3 sowie § 10 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung keine Anwendung, soweit das Veranstaltungsgelände in Flanierbereiche und in Verweilbereiche aufgeteilt wird und diese separat ausgewiesen werden und dabei in den Verweilbereichen jeweils nicht mehr als 1 000 Besucher gleichzeitig verweilen.
- Als Flanierbereiche gelten Bereiche, in denen sich beispielsweise Verkaufsstände und ähnliches befinden, in denen sich aber keine Gelegenheiten zum längeren Verweilen wie etwa Sitzgelegenheiten, Stehtische und ähnliches befinden und daher ein fließender Besucherstrom sichergestellt wird.
- Als Verweilbereiche gelten Bereiche, in denen insbesondere durch Sitz- und Stehgelegenheiten beispielsweise zum Verzehr von Speisen und Getränken oder durch Bühnen mit kulturellen Programmteilen, ein Verweilen an Ort und Stelle von mehr als 15 Minuten zu erwarten ist.
- Die Bereiche sind durch geeignete Maßnahmen kenntlich zu machen und bei Verweilbereichen für mehr als 1 000 Besucher gleichzeitig Zugangskontrollen zur Kontrolle von Impf- und Genesenennachweisen sicherzustellen.
- Im Verweilbereich mit mehr als 1 000 Besuchern gleichzeitig ist abseits des Platzes ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen.
- Für Verweilbereiche, in denen das Verweilen von mehr als 1 000 Besucher gleichzeitig möglich ist, bleiben die Regelungen des § 10 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung unberührt.

9. Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens

- a) Die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen können insbesondere bezüglich der Gestaltung sozialer Kontakte auch für vergleichbare Veranstaltungen und Angebote im ambulanten Bereich Anwendung finden. Auf die Einhaltung des Mindestabstands kann verzichtet werden, sofern dies durch die in Satz 1 genannten Empfehlungen begründet wird. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von wohnbereichsübergreifenden, organisierten Veranstaltungen und Angeboten in Innenräumen ohne Mindestabstand ist erforderlich. Nichtgeimpfte sollen darüber aufgeklärt werden, dass für sie bei Teilnahme ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht. Innerhalb eines Wohnbereichs und bei Kontakten vollständig geimpfter oder genesener Bewohnerinnen und Bewohner untereinander (ohne Anwesenheit ungeimpfter Personen) kann auf das Einhalten des Mindestabstandes und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verzichtet werden.
- b) Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind nach § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und

Verlassen der Einrichtungen zu erstellen. Die Konzeption hat insbesondere Regelungen zu Hygienemaßnahmen, zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Personen, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause und zur Kontakterfassung zu enthalten. Dabei sind die Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen und die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen zu beachten. Soweit gemäß den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden kann, müssen die betreuten Personen in Innenräumen einen Mund-Nasen-Schutz tragen. Nichtgeimpfte sollen darüber aufgeklärt werden, dass für sie bei Teilnahme ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht.

- c) § 6 Absatz 2 Nummer 4 bis 6 Buchstabe a und 8 sowie § 6 Absatz 3 Satz 1 Nummer 6 und Absatz 4 Satz 1 Nummer 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gelten entsprechend.

10. Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie für Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienerholung

- a) Die Obergrenze in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für die zeitgleich anwesenden Personen bemisst sich an den örtlichen Gegebenheiten und muss im jeweiligen Hygienekonzept festgelegt werden.
- b) Besondere Hygieneregeln für Maßnahmen der Kinder-, Familien- und Jugenderholung gemäß § 11 Absatz 3 Nummer 5 und § 16 Absatz 2 Nummer 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch:
- Die Träger von Angeboten der Kinder-, Jugend- und Familienerholung haben Hygiene- und Infektionsschutzkonzepte unter Berücksichtigung des Konzeptes der Beherbergungsstätte zu erstellen und umzusetzen.
 - Die Anzahl der Teilnehmer einschließlich Betreuer soll die örtlichen Gegebenheiten und die Abgrenzbarkeit der Gruppen berücksichtigen. Die Maßnahmen sind nach Möglichkeit in festen Gruppen durchzuführen. Kontakte zu anderen Gruppen oder Einzelpersonen sind zu vermeiden.

11. Hygienevorschriften für Modellprojekte im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung

Modellprojekte sollen sich an den Hygieneregeln der Ziffer I orientieren.

III. Weitere Schutzmaßnahmen

Weitere Hygieneschutzmaßnahmen bleiben vorbehalten.

IV. Sofortige Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

V. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Allgemeinverfügung tritt am 8. November 2021 in Kraft. Sie tritt am Tag der Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Deutschen Bundestag nach § 5 Absatz 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes, spätestens jedoch mit Ablauf des 25. November 2021 außer Kraft.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Sächsischen Verwaltungsgericht schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann gemäß § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung auf Antrag die aufschiebende Wirkung vom Gericht der Hauptsache ganz oder teilweise wiederhergestellt werden.

Örtlich zuständig ist das Sächsische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz,
- Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden,
- Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig.

Für Kläger ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Allgemeinverfügung soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Gegen Verwaltungsakte des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ein Widerspruchsverfahren nicht vorgesehen. Durch die Einlegung eines Widerspruchs wird die Klagefrist nicht gewahrt.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen.
- Wird die Klage in elektronischer Form erhoben, muss das elektronische Dokument entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen werden oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung eingereicht werden. Die weiteren Maßgaben für die Übermittlung des elektronischen Dokumentes ergeben sich aus Kapitel 2 der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Dresden, den 5. November 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Sebastian Vogel
Staatssekretär

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die vorliegende Allgemeinverfügung zur Anordnung von Hygieneauflagen bezieht sich auf die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung und gestaltet diese durch allgemeine und besondere Hygienevorgaben näher aus.

Zu Ziffer I.2 (Allgemeine Hygienebestimmungen)

Nach dem wissenschaftlichen Sachstand, der sich im Verlauf der Pandemie ergeben hat, erfolgen die Infektionen mit SARS-CoV-2 hauptsächlich über den Aerosolpfad im Nah- und Fernfeld in Innenräumen. Im Nahfeld können außerdem auch Tröpfcheninfektionen (Tröpfchen = Partikel mit Durchmesser $D_p > 100$ Mikrometer) stattfinden. Maßnahmen zur Verringerung der Transmission von SARS-CoV-2 müssen also in Innenräumen die Aerosolbelastung verringern und gehen Hand in Hand mit einer Verbesserung der Innenraum-Luftqualität.

Personen mit begründetem Verdacht einer COVID-19-Infektion dürfen die Einrichtungen aus Vorsorgegründen weder als Kunden betreten noch als Mitarbeiter in diesen tätig sein.

Auf allgemeine Hygieneregeln wie die Empfehlung zum Einhalten eines Mindestabstandes von 1,5 Metern zwischen Personen beziehungsweise die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung) sowie gründliches Lüften beziehungsweise auf den Aufenthalt im Freien wird im Zuge der steigenden Infektionszahlen hingewiesen.

Im Hygienekonzept sind Maßnahmen zur Vermeidung von Schmierinfektionen durch Händehygiene und zur Vermeidung des Berührens von Oberflächen zu treffen.

Die Kunden sind bereits beim Betreten der Betriebe, Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise des gastronomischen Außenbereichs auf die entsprechend dem Hygienekonzept einzuhaltenden Regeln hinzuweisen, um deren Kenntnis und Beachtung sicherstellen zu können beziehungsweise im Falle der Nichtakzeptanz das weitere Betreten zu verhindern.

Die regelmäßige Reinigung oder Desinfektion ist weiterhin eine zentrale infektionsschutzrechtlich gebotene Maßnahme. Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>). In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch die Kunden wie auch regelmäßige Desinfektion von häufig berührten Flächen geregelt.

Zu Ziffer I.5 (Abstand)

Bei der Öffnung, Inanspruchnahme und dem Betrieb von Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen, Veranstaltungen und sonstigen Angeboten sind im Hygienekonzept Maßnahmen zu treffen, die die Einhaltung des Mindestabstandes von 1,5 Metern ermöglichen. Dies kann durch ein Einlassmanagement (Zählsysteme, Terminvergabe und anderes) erreicht werden, das den Besucher-, Kunden- und Gastverkehr reduziert. Auch Markierungen auf dem Boden und – soweit realisierbar – Einbahnstraßen-Regelungen erleichtern Kunden und Personal das Erkennen und Einhalten gewünschter Abstände.

Um das Infektionsrisiko durch Aerosole und Tröpfcheninfektionen im Innenbereich, an denen viele Menschen aufeinandertreffen, gering zu halten, ist das Abstandsgebot einzuhalten. Die Hygienekonzepte haben Maßnahmen zur Umsetzung der Einhaltung eines Mindestabstands zu treffen.

Soweit die Vorwarnstufe beziehungsweise Überlastungsstufe im Sinne der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht erreicht ist, entfallen jegliche Kontaktbeschränkungen. Demgemäß gilt die Pflicht zur Einhaltung eines Mindestabstandes von 1,5 Metern nicht innerhalb von Personengruppen jeglicher Größe, sondern nur gegenüber unbekannten Personen.

Zu Ziffer I.6 (Lüften)

Regelmäßiges Lüften bedeutet einen Luftaustausch von Innenraumluft mit frischer Außenluft. Dabei werden unter anderem verbrauchte Luft, Schadstoffe von Materialien, Partikel sowie Biostoffe, zum Beispiel Krankheitserreger, nach außen abtransportiert, um eine gute Luftqualität in Innenräumen zu gewährleisten. Nach der Arbeitsstättenverordnung und der konkretisierenden Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A3.6 „Lüftung“ (Gemeinsames Ministerialblatt [GMBL.] 2012, S. 92, zuletzt geändert GMBL. 2018, S. 474) muss in umschlossenen Arbeitsräumen eine „gesundheitlich zuträglich Atemluft“ vorhanden sein. Gerade in Zeiten einer Pandemie ist ein ausreichender Luftaustausch besonders wichtig, damit die Ansteckungsgefahr verringert werden kann. Die ASR A3.6 „Lüftung“ und die SARS-CoV-2-Pandemie-Empfehlungen zum Lüftungsverhalten an Innenraum-arbeitsplätzen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e.V. (DGUV) vom 12.10.2020 (<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/3932>) empfehlen für das Lüften von zum Beispiel Büroräumen einen zeitlichen Abstand von einer Stunde und von Besprechungs- und Seminarräumen von 20 Minuten.

Zu Ziffer I.8 (Arbeitsschutz und Konzepte)

Von Betrieben, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen sind in Form von Hygienekonzepten die Hygienemaßnahmen festzuschreiben und einzuhalten, wie sie im SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und in der vorliegenden Allgemeinverfügung beschrieben sind. In diesem Zusammenhang sollen aktuelle branchenübliche Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände sowie die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtungen Berücksichtigung finden und die Hygienekonzepte konkretisieren.

Den wesentlichen Übertragungsweg von SARS-CoV-2-Viren stellen Aerosole dar, die über die Atemluft übertragen werden. Entsprechend hat das Personal einen Mund-Nasen-Schutz gemäß den Vorgaben der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung zu tragen, sofern keine alternativen ebenso wirksamen Schutzmaßnahmen beim unmittelbaren Kontakt mit Kunden oder anderen Mitarbeitern Verwendung finden. Auf diese Weise soll die Ausbreitung von Aerosolen zumindest reduziert werden. Kunststoffvisiere und einfache Trennscheiben sind nicht ausreichend, da die Aerosole damit nicht aufgehalten werden.

Zur Sicherstellung der Beachtung aller aktuellen Hygienevorgaben ist eine regelmäßige Information des Personals erforderlich.

Die allgemeinen Grundsätze des Infektionsschutzes sowie Vorgaben des Lebensmittelhygienerechts sind darüber hinaus unverändert anzuwenden.

Zu Ziffer I.9 (Klimaanlagen, Raumlufteinrichtungen)

Durch Klimaanlagen und raumlufthtechnische Anlagen können Tröpfchen und Aerosole im Raum verwirbelt und verteilt werden. Nur gut gewartete und richtig eingestellte Klimaanlagen und raumlufthtechnische Anlagen können dieses Risiko minimieren.

Aufgrund der Einschätzungen entsprechender Fachkreise werden Regelungen für die Belüftung getroffen, um das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 einzudämmen. Auf den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und die sich daraus ableitenden Handlungsempfehlungen, die in der Publikation „Infektionsschutzgerechtes Lüften – Hinweise und Maßnahmen in Zeiten der SARS-CoV-2-Epidemie“ (https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Lueftung.pdf?__blob=publicationFile&v=18) der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) umfassend dargestellt werden, wird Bezug genommen.

B. Besonderer Teil

Die in dieser Allgemeinverfügung enthaltenen besonderen Hygieneregeln sind auf die besonderen Bedingungen der jeweiligen Einrichtungen und Angebote ausgelegt und dienen der Eindämmung und Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2. Auf die Ausführungen unter A. Allgemeiner Teil der Begründung wird verwiesen.

Zu Ziffer II.1 (Besondere Hygieneregeln für die Speisenversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den Gastronomiebetrieb im Innen- und Außenbereich einschließlich von Veranstaltungen und Festen)

Die Hygieneregeln für die Abgabe von Speisen und Getränken zur Mitnahme sowie für den Verzehr in Mensen und Kantinen beziehungsweise im Rahmen der Innen- und Außengastronomie folgen den Erkenntnissen zu Übertragungswegen, wie sie im SARS-CoV-2 Steckbrief des Robert Koch-Instituts (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2) in Verbindung mit den ergänzenden fachlichen Einschätzungen des Bundesinstitutes für Risikobewertung (zum Beispiel: <https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>) beschrieben sind.

Zur Sicherstellung der Abstandsregelungen entsprechend der Robert Koch-Institut-Empfehlung wurde zwischen den Stühlen benachbarter Tische im Innenbereich beim Verzehr von Speisen ein Abstand von mindestens 1,5 Metern festgeschrieben. Da beim Verzehr von Speisen in der Regel länger verweilt wird, muss hier besonders auf die Einhaltung der Abstandsregelungen geachtet werden. An einem Tisch gruppierte Stühle können den Mindestabstand unterschreiten. Diese Abstandsregelungen gelten nur für den Gastronomiebetrieb im Innenbereich. Um auch größeren Gruppen das gemeinsame Verzehren von Speisen zu ermöglichen, gelten zusammengestellte Tische als ein Tisch im Sinne dieser Allgemeinverfügung.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei. In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch Kunden beziehungsweise Gäste und das Shisha-Rauchen in gastronomischen und vergleichbaren Einrichtungen geregelt. Ergänzende Regelungen für den Lebensmittelbereich inklusive der Lebensmittelbedarfsgegenstände berücksichtigen ebenfalls die Möglichkeit der Kontaktinfektion.

Zu Ziffer II.2 (Besondere Hygieneregeln für Beherbergungsangebote)

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln als Infektionsschutzmaßnahmen getroffen, um die Kontakte in gemeinschaftlich genutzten Räumen soweit wie möglich zu begrenzen.

Die Hinweise zur Speisenversorgung sind in der Begründung zu Ziffer II.1 dargelegt.

Zu Ziffer II.3 (Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen)

Öffentliche Toiletten und sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen werden naturgemäß, gerade in der Hauptsaison, von vielen Menschen benutzt. Kommen viele Menschen ohne die Einhaltung von Abstandsregeln zusammen, kann dies ein Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 darstellen. Deshalb ist die Benutzung der öffentlichen Toiletten und sanitären Anlagen auf Campingplätzen von zu vielen Personen zur gleichen Zeit zu vermeiden. Dies gelingt durch die Beschränkung der gleichzeitig anwesenden Personenzahl in Abhängigkeit von der Raumgröße sowie der Einhaltung der Abstandsempfehlungen in diesen Bereichen.

Das Händewaschen nach der Nutzung der Sanitäranlagen ist eine wichtige Hygienemaßnahme um das Infektionsrisiko zu senken. Für das Händewaschen müssen in den Sanitäranlagen geeignete Möglichkeiten vorhanden sein. Hierbei wird ein entsprechender Abstand zwischen den Personen empfohlen. Die Bereiche zum Händewaschen müssen zudem mit Flüssigseife und Einmalhandtüchern (falls die Personen kein eigenes Handtuch bei sich tragen) ausgerüstet sein. Die Benutzung von Stückseifen beziehungsweise einem Handtuch für mehrere Personen ist nicht geeignet, da bei nicht gründlichem Waschen der Hände Keime, welche sich auf dem Handtuch befinden, von einer Person auf die Hände der nächsten Person übertragen werden können.

Die Nutzer sind angehalten, sich die Hände nach der Nutzung der öffentlichen Toilettenanlage/Sanitäranlage auf dem Campingplatz zu waschen. Dies erfolgt über entsprechende Hinweise. Nach dem Toilettenbesuch können Keime leicht über kleinste Stuhlreste weitergetragen werden. Von den Händen können Erreger beispielsweise an Spültaster, Armaturen oder Türklinken weitergereicht werden und dort abhängig von der Art des Keims, der Beschaffenheit der Oberfläche, der Umgebungstemperatur oder Feuchtigkeit für einige Zeit überleben. Durch gründliches Händewaschen kann die Weitertragung von Keimen vermieden werden.

Die Reinigung insbesondere von Kontaktflächen in öffentlichen Toiletten und Sanitärbereichen auf Campingplätzen ist regelmäßig durchzuführen. Verunreinigungen sind umgehend zu beseitigen. Die Bereiche werden von Personen aus unterschiedlichen Hausständen über den ganzen Tag genutzt. Es ist davon auszugehen, dass durch häufige Nutzung die Verunreinigung zunimmt und somit das Infektionsrisiko steigt. Deshalb ist die Sauberkeit in diesen Bereichen zu gewährleisten und diese regelmäßig zu kontrollieren.

Zu Ziffer II.4 (Besondere Hygieneregeln für Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung und der Prostitution)

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die in Betrieben

im Bereich der körpernahen Dienstleistung bestehenden Gefahren so weit wie möglich zu reduzieren.

Bei körpernahen Dienstleistungen werden Angebote direkt am Menschen erbracht. Hierbei besteht ein höheres Risiko der Weitergabe von SARS-CoV-2, da Mindestabstände nicht eingehalten werden können. Insofern werden organisatorische Maßnahmen und Regelungen für die Reinigung aufgestellt.

Zu Ziffer II.5 (Besondere Hygieneregeln für Angebote der Musik- und Tanzschulen, für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren)

Durch die vorliegenden Regelungen für Musik- und Tanzschulen und für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren soll das Infektionsrisiko minimiert werden. Um eine Weitergabe des Coronavirus SARS-CoV-2 zu vermeiden, sollten die in ihrer Wirksamkeit anerkannten Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen zuverlässig eingehalten werden.

Durch Musikinstrumente (insbesondere Blasinstrumente) und Gesang können nachweislich mehr Tröpfchen und Aerosole verbreitet werden als beim normalen Umgang zwischen Personen. Insofern sind spezielle Regelungen für diesen Personenkreis zu treffen, insbesondere zur empfohlenen Einhaltung eines größeren Abstands zwischen den Handelnden und zum Umgang mit besonders risikoreichen Instrumenten (Blasinstrumente). Die für diesen Bereich vorhandenen Empfehlungen der Fachverbände sollen Anwendung finden.

Beim Tanzen als sportliche Betätigung ist in Tanzschulen während des Tanzens mit einem festen Partner kein Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

Zu Ziffer II.6 (Besondere Hygieneregeln für Kultur- und Sportveranstaltungen)

Durch ergänzende Regeln für Kultur- und Sportveranstaltungen soll das Infektionsrisiko in diesem Bereich minimiert werden. Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die Kontakte in Einrichtungen soweit wie möglich zu begrenzen. Die Einhaltung von Abstandsregeln trägt laut Robert Koch-Institut zur Verringerung des Infektionsrisikos bei.

Sportliche Aktivitäten sind mit einer gesteigerten Atmung und damit auch einem höheren Ausstoß von Tröpfchen und Aerosolen verbunden. Um die Gefahr einer erhöhten Übertragung von SARS-CoV-2 zu reduzieren, sind sowohl die geltenden bundesrechtlichen Quarantäne-Regelungen als auch die Vorgaben der Bundesfachverbände für Training und Wettkämpfe zu beachten.

Lüftungskonzepte sind für Veranstaltungen im Innenbereich als Maßnahme des Infektionsschutzes erforderlich.

Zu Ziffer II.7 (Besondere Hygieneregeln für Veranstaltungen im Innenbereich mit bis zu 1 000 Besuchern)

Veranstaltungen im Innenbereich aller Art mit bis zu 1 000 Besuchern gleichzeitig können auf die vorgeschriebenen Mindestabstände von 1,5 Metern beziehungsweise 1,1 Metern verzichten, soweit ausschließlich Besucher zugelassen werden, die einen Impf- oder Genesenennachweis oder einen negativen Testnachweis nach § 4 Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung (PCR-Test) vorlegen. Hierunter fallen neben Opern, Theatern und Sport-

veranstaltungen zum Beispiel auch Clubs, Discotheken und ähnliches.

Zu Ziffer II.8 (Besondere Hygieneregeln für Großveranstaltungen)

Kommen bei größeren Veranstaltungen inklusive Sportwettkämpfen sehr viele Menschen zusammen, ist die Gefahr der Übertragung von SARS-CoV-2 erhöht, da sich viele Unbekannte treffen und mehr potentiell Infizierte anwesend sein können und bei der An- und Abreise sowie in bestimmten Bereichen der Veranstaltung dichtes Gedränge ohne Einhaltung des Mindestabstandes entstehen kann. Insofern sind in den entsprechenden Hygienekonzepten mit dem Ziel der Risikominimierung Festlegungen zu allen aufgezählten Gefährdungspunkten, insbesondere zur Einhaltung der Mindestabstände, zur Belüftung und zum Tragen des Mund-Nasen-Schutzes zu treffen.

Eine mögliche Reduzierung des Alkoholausschanks erhält die Bereitschaft der Besucher zur aktiven Mitwirkung an den Schutzmaßnahmen, da mit steigendem Alkoholpegel das bewusste Handeln der Betroffenen immer mehr eingeschränkt wird.

Zu Ziffer II.9 (Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens)

Da die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für stationäre Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Alten_Pflegeeinrichtung_Empfehlung.pdf?__blob=publicationFile) teilweise auch auf Angebote der ambulanten Versorgung, beispielsweise organisierte Veranstaltungen für Menschen im betreuten Wohnen, angewendet werden können, wird dies insbesondere im Hinblick auf Erleichterungen in Folge des Impffortschritts für soziale Kontakte hier klar gestellt.

Möglichkeiten zur Reduzierung beziehungsweise zum Verzicht auf den Mindestabstand werden in den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts beispielsweise für Gemeinschaftsveranstaltungen unter bestimmten Bedingungen, insbesondere einer hohen Impfquote unter den Bewohnerinnen und Bewohnern, oder bei Zusammenkünften von geimpften beziehungsweise genesenen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie in Besuchskonstellationen beschrieben.

Das vom Robert Koch-Institut für wohnbereichsübergreifende Gemeinschaftsveranstaltungen ohne Einhaltung des Mindestabstands empfohlene Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes wird hier verbindlich festgelegt im Kontext größerer organisierter Zusammenkünfte, bei denen teilweise auch ungeimpfte Menschen aus verschiedenen, sonst abgegrenzten Bereichen zusammenkommen. Dies ist eine zusätzliche Schutzmaßnahme für vulnerable Personengruppen, insbesondere vor dem Hintergrund des Auftretens von Coronavirus-Mutationen, da Infektionen und Übertragungen durch geimpfte beziehungsweise genesene Personen nicht ganz ausgeschlossen werden können.

Bei Zusammenkünften von Bewohnerinnen und Bewohnern innerhalb eines Wohnbereichs, der eine kleinere Personenzahl mit überschaubaren Außenkontakten – in der Regel in Form von getesteten oder geimpften beziehungsweise genesenen Besuchern – umfasst, kann bei Zusammenkünften ausschließlich von geimpften beziehungsweise genesenen Bewohnerinnen und Bewohnern auf die Einhaltung des Mindestabstands sowie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verzichtet werden.

Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch werden verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zu erstellen. Die Einrichtungen haben Sorge zu tragen, dass sich die Pflegebedürftigen, die Beschäftigten sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Angehörige, behandelnde Ärzte, Dienstleister) nicht infizieren. Dafür haben sie einen einrichtungsspezifischen Hygieneplan zu erstellen, welcher sämtliche Maßnahmen zusammenfasst, die der Einhaltung und Gewährleistung bestimmter Hygiene-Standards dienen, um Infektionen einzudämmen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Diese Notwendigkeit besteht nach dem Infektionsschutzgesetz. Satz 2 benennt Einzelheiten zur inhaltlichen Ausgestaltung. Der zu erstellende Hygieneplan oder das eigenständige Konzept muss Regelungen insbesondere zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Personen, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause sowie zur Nachverfolgbarkeit eventueller Infektionsketten beinhalten. Es sind verhältnismäßige Regelungen zu erstellen, die das jeweilige Infektionsgeschehen und das Selbstbestimmungsrecht der versorgten Personen berücksichtigen. Dabei sind auch die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten.

In Anlehnung an die jeweils geltenden Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Alten_Pflegeeinrichtung_Empfehlung.pdf?__blob=publicationFile) kann – analog der Empfehlung für Gemeinschaftsveranstaltungen – auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden, wenn eine hohe Impfquote unter den betreuten Personen erreicht ist. Als zusätzliche Schutzmaßnahme der vulnerablen Personengruppe wird beim Verzicht auf den Mindestabstand das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes in Innenräumen festgelegt.

Hingewiesen wird zusätzlich auf die Ausnahmen zur Maskenpflicht gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung sowie auf die teilweise über die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts hinausgehende generelle Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch für geimpfte beziehungsweise genesene Besucherinnen und Besucher bzw. zum Tragen einer FFP2-Maske für Besucherinnen und Besucher in bestimmten Konstellationen ohne Mindestabstand. Dies sind zusätzliche Schutzmaßnahmen für vulnerable Personengruppen, insbesondere vor dem Hintergrund des Auftretens von Coronavirus-Mutationen, da Infektionen und Übertragungen durch geimpfte beziehungsweise genesene Personen nicht ganz ausgeschlossen werden können und ein besonderes Schutzniveau bei engen Kontakten mit ungeimpften Personen erforderlich ist.

Zu Ziffer II.10 (Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Kinder-, Jugend- und Familienerholung)

Den allgemeinen Hygieneregeln der Allgemeinverfügung folgend sollen die Konzepte neben Maßnahmen zur

Besucherlenkung und zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch Maßnahmen zur Einhaltung des empfohlenen Mindestabstands und zur Festlegung der Obergrenze der zeitgleich anwesenden Personen umfassen, um eine Kontaktreduzierung und die Einhaltung der Regelungen des Infektionsschutzes während der Durchführung der Angebote zu gewährleisten.

Über das jeweilige Hygienekonzept können Besonderheiten der konkreten Angebote in den Regelungszusammenhang integriert und damit die Wirkung der Infektionsschutzmaßnahmen an der konkreten Einrichtung optimiert werden.

Die Durchführung der Kinder-, Jugend- und Familienerholungsmaßnahmen in festen Gruppen soll zur Kontaktreduzierung beitragen und eine Kontaktnachverfolgung ermöglichen.

Zu Ziffer II.11 (Hygienevorschriften für Modellprojekte im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung)

Die Vorschrift dient als Hinweis, dass die Allgemeinverfügung zur Anordnung von Hygieneauflagen auch als Orientierung für Modellprojekte gilt.

Zu Ziffer III

Mit dem Vorbehalt weiterer Hygieneschutzmaßnahmen kann auf ein dynamisches Infektionsgeschehen mithilfe der Anordnung gegebenenfalls weiterer erforderlicher Maßnahmen flexibel reagiert werden.

Zu Ziffer IV

Mit dieser Ziffer wird die sofortige Vollziehbarkeit dieser Allgemeinverfügung angeordnet. Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung ist im überwiegenden öffentlichen Interesse (Infektionsschutz) geboten. Für die Anordnung der sofortigen Vollziehung besteht ein besonderes öffentliches Interesse, weil die sofortige Durchsetzung der Anordnung der Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) aufgrund der bestehenden Ansteckungsgefahr keinen Aufschub duldet. Die Vollzugsbehörden müssen im Interesse der Wahrung des Infektionsschutzes und der öffentlichen Sicherheit in der Lage sein, die angeordneten Maßnahmen, gegebenenfalls auch im Rahmen des Verwaltungszwanges, kurzfristig durchzusetzen. Auch aus diesem Grund ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung geboten. Das Privatinteresse hat hinter dem öffentlichen Interesse zurückzustehen.

Zu Ziffer V

Diese Ziffer regelt das In- und Außerkrafttreten.

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Errichtung einer Fachservicestelle für Alltagsbegleitung, Nachbarschaftshilfe, anerkannte Angebote zur Unterstützung im Alltag und pflegende Angehörige

Vom 18. November 2021

Der Freistaat Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS), beabsichtigt, gemäß § 16 Absatz 1 der künftigen Sächsischen Pflegeunterstützungsverordnung eine landesweit tätige Fachservicestelle zur Qualitätssicherung der Alltagsbegleitung, Nachbarschaftshilfe und anerkannten Angeboten zur Unterstützung im Alltag sowie zur Vernetzung der Strukturen pflegender Angehöriger (Fachservicestelle Sachsen) zu bestimmen. Die Sächsische Pflegeunterstützungsverordnung ist derzeit noch nicht in Kraft getreten, wird jedoch demnächst von der Sächsischen Staatsregierung beschlossen werden. Vorbehaltlich dieses Kabinettsbeschlusses und unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Bedingungen können Interessenten Umsetzungsvorschläge beim SMS einreichen.

1. Anlass und Ziel des Interessenbekundungsverfahrens

Aus den vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Bevölkerungsvorausberechnungen lässt sich das Ergebnis ziehen, dass aufgrund der zu erwartenden Alterung der Bevölkerung im Freistaat Sachsen die Anzahl der zu Pflegenden weiter zunehmen wird. Die Versorgung der zunehmenden Zahl von Pflegebedürftigen in Landkreisen mit einem auf über 80 ansteigenden Altenquotient zeichnet sich schon jetzt als besondere Herausforderung ab. Damit steigt der Anteil der pflegebedürftigen Menschen genau dort stark an, wo der Anteil junger Menschen an der Gesamtpopulation stetig sinkt. Dies wird ausweislich der Bevölkerungsvorausberechnung in den kommenden Jahrzehnten nicht nur zu einem sehr stark ansteigenden Bedarf an professionellen Pflegekräften führen, sondern – sollte es nicht gelingen, die häusliche und semiprofessionelle Pflege und Unterstützung zu stärken – auch die Kosten für die Hilfe zur Pflege stark ansteigen lassen. Durch die Etablierung von Angeboten der Alltagsbegleitung und Nachbarschaftshilfe wurden bereits erste Schritte auf dem eigenen sächsischen Weg gemacht, bei dem auch die Angebote zur Unterstützung im Alltag eine entscheidende Bedeutung haben.

Nachbarschaftshelfer sind volljährige Einzelpersonen, die nicht in häuslicher Gemeinschaft mit der zu betreuenden Person leben und die nicht bis zum zweiten Grad mit ihr verwandt oder verschwägert sind. Sie haben ihr Wissen und ihre Kenntnisse alle drei Jahre durch eine Teilnahme an Pflegekursen zu aktualisieren. Hat ein Nachbarschaftshelfer einen von den Pflegekassen anerkannten Pflegekurs absolviert, erhält er hierüber von diesen ein Zertifikat. Dieses belegt seine Anerkennung als niedrigschwelliges Angebot. Für die Nachbarschaftshilfe kann der Entlastungsbetrag nach § 45b des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – in Höhe von 125 Euro verwendet werden. Zum Stand 30. September 2021 waren 4 182 Nachbarschaftshelfer durch die Pflegekassen anerkannt.

Neben den Nachbarschaftshelfern gibt es die weiteren nach Landesrecht anerkannten Angebote zur Unterstützung im Alltag. Diese können durch die Pflegekassen, die Kommunen und das Land gefördert werden. Zum Stand 30. Juni 2021 waren durch den Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV) 881 Angebote anerkannt.

Die Alltagsbegleitung ist ein Landesförderprogramm, das der Freistaat Sachsen über die Richtlinie Ältere Menschen begleitet. Alltagsbegleiter betreuen gegen eine Aufwandsentschädigung ältere, nicht pflegebedürftige Menschen in ihrem Alltag und der eigenen Häuslichkeit.

Mit der Implementierung der Fachservicestelle beabsichtigt der Freistaat Sachsen, die Akzeptanz der Fördermöglichkeiten zu erhöhen und der Alltagsbegleitung, der Nachbarschaftshilfe und den anerkannten Angeboten zur Unterstützung im Alltag zu einer möglichst optimalen Wirkung zu verhelfen. Durch die Arbeit der Fachservicestelle soll der potentielle Adressatenkreis zielgerichtet erreicht und unterstützt werden. Interessierte Projektträger, wie zum Beispiel Kommunen, Genossenschaften oder Kirchengemeinden sollen bei der Projektentwicklung durch die Fachservicestelle beraten und begleitet werden. Darüber hinaus sollen die Projekte über die Fachservicestelle untereinander vernetzt werden und eine Austauschplattform erhalten.

Die Fachservicestelle hat darüber zudem das Ziel, eine bestmögliche Unterstützung von pflegenden Angehörigen in allen Regionen Sachsens zu bieten. Um das zu erreichen, sucht die Fachservicestelle den Kontakt zu Betroffenen, Anbietern von Hilfe-/Unterstützungsangeboten, Politik und Gesellschaft. Im Austausch sollen Unterstützungslücken erkannt werden. Gemeinsam und mit Hilfe der Kompetenzen aller Beteiligten sollen neue Konzepte entwickelt und erprobt sowie gut funktionierende bekannt gemacht werden.

2. Gegenstand des Interessenbekundungsverfahrens

Gegenstand dieses Interessenbekundungsverfahrens ist es, einen geeigneten Träger einer für den Freistaat Sachsen landesweit wirkenden Fachservicestelle Sachsen auf der Grundlage eines entsprechenden Konzepts zu gewinnen.

Der Träger der Fachservicestelle soll insbesondere folgende Aufgaben erfüllen:

- Leitung und Betrieb der Fachservicestelle
- Qualitätsentwicklung in den Themenfeldern Alltagsbegleitung, Nachbarschaftshilfe, anerkannte Angebote zur Unterstützung im Alltag und pflegende Angehörige
- Vernetzung der Akteure in den genannten Themenfeldern
- allgemeine Informations- und Beratungs- und Vermittlungsfunktion

- Akquise von Projektträgern der Alltagsbegleitung, von Nachbarschaftshelferinnen und Nachbarschaftshelfern, Schulungsanbietern für Angebote zur Unterstützung im Alltag und Selbsthilfestrukturen für pflegende Angehörige
- Unterstützung der Nachbarschaftshelferkontaktstellen in ihrer Arbeit
- Mitwirkung beim Aufbau neuer innovativer Formate
- Beratung und Unterstützung beim Aufbau neuer Angebote im Selbsthilfebereich
- landesweite Öffentlichkeitsarbeit über eine Website sowie über weitere geeignete Formen
- Aufbereitung vorhandener Angaben und Übersichten in den genannten Themenfeldern
- Etablierung von Strukturen zum Qualitäts- und Fehlermanagement sowie die Begleitung der Fachdiskussion
- Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachreferat im SMS sowie den weiteren Akteuren (Pflegekoordinatoren, Pflegekassen, KSV, SAB ...)
- Durchführung von und Teilnahme an Veranstaltungen (zum Beispiel Woche der pflegenden Angehörigen)

3. Träger der Fachservicestelle Sachsen

Als Träger der Fachservicestelle wählt das SMS einen Bewerber aus dem Interessensbekundungsverfahren aus. Mit diesem Träger wird dann eine Rahmenvereinbarung zur weiteren Ausgestaltung der Beauftragung geschlossen.

Träger der Fachservicestelle können sein: juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts mit Sitz im Freistaat Sachsen, die auf den Gebieten der Alltagsbegleitung, Nachbarschaftshilfe, des bürgerschaftlichen Engagements oder/und der Selbsthilfe bereits Erfahrungen gesammelt haben sowie als gemeinnützige Vereine, Verbände, Stiftungen oder gemeinnützige Gesellschaften tätig sind.

Der Träger muss strukturell und personell so aufgestellt sein, dass keine Zweifel an der Eignung, überregional tätig zu werden, entstehen.

4. Voraussetzungen für die Beauftragung

Voraussetzung für die Beauftragung ist die Auswahl des Bewerbers nach diesem Interessensbekundungsverfahren. Dazu hat der Bewerber der Fachservicestelle ein Konzept zur Umsetzung der einzelnen unter Punkt 2 beschriebenen Aufgaben sowie einen entsprechenden Finanzierungsplan vorzulegen. Nähere Informationen befinden sich unter Punkt 6.

5. Kostenerstattung und Dauer

Die Grundlage für die Erstattung der durch die Aufgabenwahrnehmung entstandenen Kosten ist in der Sächsischen Pflegeunterstützungsverordnung geregelt.

Danach erstattet das SMS dem Träger der Fachservicestelle für die durch die Aufgabenwahrnehmung entstandenen Personal- und Sachkosten jährlich eine Pauschale in Höhe der Mittel, die im Haushaltsplan des Freistaates Sachsen für die Fachservicestelle für das entsprechende Kalenderjahr vorgesehen sind. Die Auszahlung der Pauschale erfolgt jeweils zum 1. Juli des entsprechenden Jahres.

Die Beauftragung ist zunächst für eine Dauer von drei Jahren vorgesehen. Die Option einer Entfristung besteht.

Für das Jahr 2022 sind im Haushaltsplan des Freistaates Sachsen 300 T€ für die Tätigkeit der Fachservicestelle auf den Gebieten der Alltagsbegleitung, Nachbarschaftshilfe und der anerkannten Angebote zur Unterstützung im Alltag vorgesehen. Weitere 100 T€ stehen für den Aufbau eines Landesnetzwerkes für pflegende Angehörige zur Verfügung. Daraus ergibt sich eine Gesamtsumme von 400 T€ für 2022. Für die Jahre 2023 und 2024 muss der Doppelhaushalt noch vom Sächsischen Landtag beschlossen werden.

Weitere Regelungen, insbesondere zur Verwendung der Mittel, werden in einer Rahmenvereinbarung zwischen dem SMS und dem Träger der Fachservicestelle geregelt.

6. Auswahlverfahren und Termine

Ansprechpartner im Rahmen des Interessensbekundungsverfahrens und Anschrift für die Einreichung der vollständigen Konzeptionsvorschläge ist das

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Referat 33
Albertstraße 10
01097 Dresden
E-Mail: Referat33@sms.sachsen.de

Die vollständigen Unterlagen sind

bis zum 23. Dezember 2021, 16 Uhr
(Posteingang)

beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt einzureichen. Die Unterlagen müssen den deutlich sichtbaren Hinweis **„Interessensbekundungsverfahren (33) – Nicht von der Poststelle zu öffnen!“** tragen.

Der Umsetzungsvorschlag soll einen Umfang von 20 DIN-A4-Seiten nicht überschreiten.

Bei der Prüfung und Bewertung der eingegangenen Konzepte und Finanzierungspläne wird auf die folgenden Kriterien Wert gelegt:

- detaillierte Beschreibung, wie die genannten Anforderungen umgesetzt werden
- konkrete Maßnahmen und Arbeitsschritte zur Umsetzung der Aufgaben der Fachservicestelle
- Erläuterung der vorgesehenen überregionalen Vernetzungen Kooperationen
- Referenzen, Darstellung von Projekten mit thematischem Bezug
- Erfahrungen des Projektträgers mit den Zielgruppen und im Vorhabenbereich
- inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
- Gesamtausgaben

Mit dieser Aufforderung zur Einreichung eines Konzeptionsvorschlages ist keine Zusage zur Erteilung des Zuschlages verbunden.

Die Auswahl des Trägers der Fachservicestelle erfolgt aus den bis zum Stichtag eingereichten Konzeptionsvorschlägen unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Nach der Auswahlentscheidung wird

mit dem ausgewählten Träger die konkrete Umsetzung der Aufgabe vereinbart und eine entsprechende Rahmenvereinbarung geschlossen. Das Vorhaben soll im Januar 2022 beginnen.

Dresden, den 18. November 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Bockting
Abteilungsleiter

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkungen Borna, Obertitz und Droßkau

Vom 11. Oktober 2021

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass der Zweckverband Wasser/Abwasser Bornaer Land, Blumroda-park 6 in 04552 Borna, Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geän- dert worden ist, gestellt hat.

Die Anträge (Az.: 32-0552/26/23, 25 und 32-0552/29/3) betreffen die vorhandenen Trinkwasserleitungen Borna-Nord, Pawlowstraße 46–54, die Abwasserleitungen Borna-Sachsenallee/Edeka und die Trinkwasserleitungen Droßkau-Obertitz einschließlich Zubehör, Sonder-, Neben- anlagen und Schutzstreifen.

Die von den Anlagen betroffenen Grundstückseigen- tümer der Stadt Borna (Gemarkung Borna) und die Stadt Groitzsch (Gemarkung Obertitz Flurstücksnummern 97, 99, 133 und Gemarkung Droßkau Flurstücksnummern 155, 166) können die eingereichten Anträge sowie die beigefügten Un- terlagen in der Zeit

vom 6. Dezember 2021
bis einschließlich 3. Januar 2022

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Brau- straße 2, 04107 Leipzig, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnum- mer 0341/977-3203. Es besteht derzeit die Pflicht, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Zum Termin wird vo- raussichtlich das Ausfüllen einer Selbstauskunft erforderlich.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwie- sen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbe- reinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfah- rensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154)

geändert worden ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgeleg- ten Unterlagen maßgeblich.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen nach Ablauf der Ausle- gungsfrist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungs- gesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachen- rechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereini- gungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 beste- henden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Was- serversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Ge- setz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit be- gründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur da- gegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise, als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sach- sen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Brau- straße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektroni- sche Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De- Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforde- rungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Leipzig, den 11. Oktober 2021

Landesdirektion Sachsen
Holger Keune
Referatsleiter Planfeststellung

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkungen Niederfrankenhain und Flößberg

Vom 11. Oktober 2021

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass der Abwasserzweckverband Espenhain, Blumrodapark 6 in 04552 Borna, Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Die Anträge (Az: 32-0552/29/5 und 7) betreffen die vorhandenen Regen- und Mischwasserleitungen einschließlich Zubehör, Sonder-, Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von den Anlagen betroffenen Grundstückseigentümer der Stadt Froburg (Gemarkung Niederfrankenhain Flurstücksnummer 64/6 und Gemarkung Flößberg Flurstücksnummern 260, 800, 805, 806) können die eingereichten Anträge sowie die beigelegten Unterlagen in der Zeit

vom 6. Dezember 2021
bis einschließlich 3. Januar 2022

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0341/977-3203. Es besteht derzeit die Pflicht, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Zum Termin wird voraussichtlich das Ausfüllen einer Selbstauskunft erforderlich.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Leipzig, den 11. Oktober 2021

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachenrechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise, als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Landesdirektion Sachsen
Holger Keune
Referatsleiter Planfeststellung

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung
der Verbandssatzung des Regionalen Zweckverbandes
kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain**

Gz.: 20-2217/16/2

Vom 5. November 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 15. Oktober 2021 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Verbandsversammlung des Regionalen Zweckverbandes kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain am 22. Juni 2021 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Regionalen Zweckverbandes kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung des Regionalen Zweckverbandes kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, 5. November 2021

Landesdirektion Sachsen
Roth
Referatsleiter

**Neufassung der Verbandssatzung
des Regionalen Zweckverbandes kommunale
Wasserversorgung Riesa/Großenhain**

Vom 22. Juni 2021

Auf der Grundlage der §§ 61 Abs. 1, 26 Abs. 1 Sächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) vom 15. April 2019 (SächsGVBl. 2019 S. 270) hat die Verbandsversammlung des Regionalen Zweckverbandes kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain am 22. Juni 2021 die Neufassung der Verbandssatzung beschlossen.

(4) Soweit sich aus dieser Satzung und dem Sächsischen Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) nichts anderes ergibt, sind auf die Verbandsversammlung die Bestimmungen über den Gemeinderat und auf den Verbandsvorsitzenden die Bestimmungen über den Bürgermeister der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils gültigen Fassung, entsprechend anzuwenden.

I.
Allgemeine Vorschriften

§ 1
Name, Sitz, Rechtsstellung

(1) Der Zweckverband führt den Namen „Regionaler Zweckverband kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain“.

(2) Sitz des Zweckverbandes ist Riesa.

(3) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts.

§ 2
Verbandsmitglieder, Verbandsgebiet

(1) Mitglieder des Zweckverbandes sind die in der Anlage 1 genannten Städte und Gemeinden. Die Anlage 1 ist wesentlicher Bestandteil dieser Satzung.

(2) Das Verbandsgebiet setzt sich aus den Gebieten der Verbandsmitglieder zusammen. Ein Verbandsmitglied kann mit dem Beitritt zum Zweckverband die Übertragung der Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung auf bestimmte Ortsteile seines Gebietes beschränken.

§ 3 Aufgaben

(1) Der Zweckverband dient dem öffentlichen Wohl und verfolgt im Bereich der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung keine Gewinnerzielungsabsicht.

(2) Der Zweckverband übernimmt die Aufgabe der Wasserversorgung für seine Verbandsmitglieder. Sämtliche daraus resultierenden Rechte und Pflichten gehen auf den Zweckverband über. Ihm obliegt im Einzelnen insbesondere:

- die Beschaffung von Wasser einschließlich der Erschließung von Wasservorkommen, ausgenommen für die Ortsteile Bieberach, Ebersbach, Naunhof und Rödern der Gemeinde Ebersbach,
- die Planung, Errichtung, Übernahme, Erneuerung, Unterhaltung und Verwaltung sowie der Betrieb der Anlagen zur Wassergewinnung, Wasseraufbereitung, Wasserverteilung einschließlich der Ortsnetze und Sonderanlagen,
- die Versorgung der Einwohner mit Trinkwasser, welches in seiner Qualität der Trinkwasserverordnung entspricht und
- die Bereitstellung und Abgabe von Wasser für öffentliche Zwecke und soweit das verfügbare Wasser ausreicht, für gewerbliche und sonstige Zwecke.

(3) Der Zweckverband ist zur Vornahme aller in Zusammenhang mit den ihm übertragenen Aufgaben stehenden Handlungen befugt, die der Erfüllung seiner Aufgaben förderlich sind. Er ist insbesondere im Rahmen seiner Kapazitäten im Einzelfall berechtigt, kaufmännische oder technische Betriebsführungsleistungen für Dritte zu erbringen.

(4) Der Zweckverband ist berechtigt, sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter zu bedienen. Er darf Dritte mit der Aufgabenwahrnehmung ganz oder teilweise betrauen und ist berechtigt, Unternehmen und Betriebe zu errichten, zu erwerben, zu pachten und sich an anderen Unternehmen zu beteiligen. Der Zweckverband nimmt – solange er einen Geschäftsanteil am Stammkapital der Wasserversorgung Riesa/ Großenhain GmbH (WRG GmbH) hält – alle Rechte und Pflichten wahr, die mit diesem Geschäftsanteil verbunden sind.

(5) Der Zweckverband entscheidet über die Bedingungen des Anschluss- und Benutzungsverhältnisses an die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung und erlässt hierfür öffentlich-rechtliche und/oder privatrechtliche Regelwerke. Die den Kunden der öffentlichen Wasserversorgung berechneten Entgelte bedürfen unabhängig von der rechtlichen Ausgestaltung des Anschluss- und Benutzungsverhältnisses der Zustimmung der Verbandsversammlung.

(6) Der Zweckverband ist im geringfügigem Umfang, zeitlich befristet berechtigt, Wasser an Nichtmitglieder zu liefern und aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen oder besonderer Verträge Versorgungsleistungen in Bezug auf Gebiete benachbarter Aufgabenträger der öffentlichen Wasserversorgung zu erbringen.

§ 4 Übernahme von Anlagen zur Trinkwasserversorgung

(1) Der Zweckverband übernimmt, in der Regel mit dem erstmaligen Beitritt eines Verbandsmitglieds bzw. dem Beitritt mit einem weiteren Ortsteil, die Wasserversorgungsanlagen des Verbandsmitglieds.

(2) Der Zweckverband kann bestimmen, dass solche Anlagen direkt auf einen Dritten, der mit der Aufgabenerfüllung beauftragt ist, insbesondere die WRG GmbH, zu übertragen sind. Die Übertragung kann dabei auch nach den Bestimmungen des Umwandlungsrechts durch Übertragung der Anlagen gegen Gewährung von Geschäftsanteilen des Dritten, insbesondere der WRG GmbH, erfolgen.

(3) Der Zweckverband kann Anlagen Dritter zur öffentlichen Trinkwasserversorgung erwerben, pachten oder auf vertraglicher Basis betreiben.

II. Verfassung und Verwaltung

§ 5 Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbands sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.

§ 6 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das höchste Organ des Zweckverbands und besteht aus einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes (Verbandsräte). Eine Gemeinde wird in der Verbandsversammlung grundsätzlich durch den Bürgermeister vertreten, sofern nicht auf dessen Vorschlag der Gemeinderat dieser Gemeinde einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

(2) Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme pro angefangene 10.000 m³ Jahresverbrauchsmenge Trinkwasser. Grundlage für die Ermittlung der Stimmenzahl ist die Jahresverbrauchsmenge des vorvergangenen Jahres. Dabei gilt:

- Nicht Bestandteil des Jahresverbrauches sind Verbräuche über Standrohre sowie Einmalverbräuche infolge von Rohrbruch nach dem Wasserzähler.
- Verbrauchsgrößen gewerblicher Abnehmerstellen größer als 1.500 m³/Jahr gelten als Großabnehmer. Sie werden für die Stimmenfestsetzung bei 1.500 m³ gekappt. Einrichtungen, deren Bewohner als Einwohner der Kommunen gelten (Alten- und Pflegeheime, Kinderheime und Ähnliches) werden nicht als Großabnehmer erfasst. Einrichtungen, die auch von Einwohnern anderer Orte genutzt werden (Krankenhäuser, Schwimmbäder, Berufsschulen und Ähnliches) werden bei einem Jahresverbrauch größer 1.500 m³ als Großabnehmer definiert.
- Für neu aufgenommene Verbandsmitglieder wird der Stimmenanteil bis zum Vorliegen von Verbrauchswerten entsprechend des zu erwartenden Jahresverbrauches geschätzt.

(3) Jedes Verbandsmitglied hat mindestens eine Stimme. Die Stimmenzahl eines Verbandsmitgliedes darf jedoch zwei Fünftel der Gesamtstimmenzahl nicht überschreiten. Ist dies aufgrund der rechnerischen Ermittlung gemäß Absatz 2 der Fall, wird der Stimmenanteil auf zwei Fünftel der Gesamtstimmenzahl gekappt. Die Stimmen eines Verbandsmitglieds werden einheitlich durch dessen Vertreter gemäß § 6 Abs. 1 abgegeben.

(4) Abweichend von § 6 Abs. 2 werden die Stimmen solcher Verbandsmitglieder, die durch die im Zuge ihres Beitritts bzw. des Beitritts mit weiteren Ortsteilen erfolgte Übertragung der Wasserversorgungsanlagen – insbesondere

nach den Bestimmungen des Umwandlungsrechts (vgl. § 4 Abs. 2) – zugleich Gesellschafter des mit der Aufgabenerfüllung beauftragten Dritten, insbesondere der WRG GmbH, geworden sind („Gesellschafter-Verbandsmitglied“), in dem Umfang der umwandlungsrechtlichen Übertragung und solange, wie das Gesellschafter-Verbandsmitglied Inhaber der gewährten Geschäftsanteile ist, in der Verbandsversammlung mit nur einer Stimme gewichtet. War das Gesellschafter-Verbandsmitglied bereits zuvor mit einem oder mehreren Ortsteilen Mitglied des Zweckverbands, ohne für die Übertragung der Wasserversorgungsanlagen Geschäftsanteile des mit der Aufgabenerfüllung beauftragten Dritten, insbesondere der WRG GmbH, erlangt zu haben, bleiben seine Stimmen in diesem Umfang unberührt. Entsprechendes gilt, sofern ein Gesellschafter-Verbandsmitglied mit einem oder mehreren weiteren Ortsteilen dem Zweckverband beitrifft, ohne für die Übertragung der Wasserversorgungsanlagen weitere Geschäftsanteile des mit der Aufgabenerfüllung beauftragten Dritten, insbesondere der WRG GmbH, zu erlangen. Sobald das Gesellschafter-Verbandsmitglied nicht mehr Inhaber der gewährten Geschäftsanteile ist, kommt § 6 Abs. 2 wieder uneingeschränkt zu Anwendung.

(5) Ausschließlich für die Bewertung der Anteile der Mitgliedsgemeinden am Zweckverband für deren Bilanz gemäß § 89 Abs. 5 SächsGemO, § 61 Abs. 6 SächsKommHVO wird ein von § 6 Abs. 4 abweichender Beteiligungsschlüssel für Gesellschafter-Verbandsmitglieder dergestalt festgelegt, dass in dem Umfang der umwandlungsrechtlichen Übertragung und solange, wie das Gesellschafter-Verbandsmitglied Inhaber der gewährten Geschäftsanteile ist, dem Gesellschafter-Verbandsmitglied keine Stimme zugewiesen ist. Das Stimmrecht des Gesellschafter-Verbandsmitglieds gemäß § 6 Abs. 4 bleibt hiervon unberührt.

(6) Angestellte des Zweckverbandes können nicht Mitglied der Verbandsversammlung sein.

(7) Für die Verbandsräte, die kraft ihres kommunalen Wahlamtes der Verbandsversammlung angehören, endet das Amt als Verbandsrat mit dem Ende ihrer Amtszeit. Die Verbandsräte und ihre Stellvertreter üben das Amt bis zum Amtsantritt der neuen Verbandsräte aus.

§ 7

Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung tritt auf schriftliche Einladung des Verbandsvorsitzenden zusammen. Die Einladung muss Tagungszeit und -ort sowie die Beratungsgegenstände angeben und den Verbandsräten zwei Wochen vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende diese Frist verkürzen.

(2) Die Verbandsversammlung wird mindestens einmal im Jahr einberufen. Sie ist des Weiteren einzuberufen, wenn ein Fünftel der Mitglieder der Verbandsversammlung dies unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt.

§ 8

Beschlussfassung in der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesamtstimmen in der Verbandsversammlung anwesend und stimmberechtigt ist.

(2) Die Verbandsversammlung beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit der abgegebenen und gültigen Stimmen, soweit in dieser Satzung nicht ausdrücklich etwas anderes

bestimmt ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(3) Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden. Ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Verbandsmitglied widerspricht.

§ 9

Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsversammlung obliegt insbesondere die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten:

1. Änderungen der Verbandssatzung;
2. Erlass, Änderung oder Aufhebung sonstiger Satzungen und der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung;
3. Erlass, Änderung oder Aufhebung Allgemeiner Versorgungsbedingungen und der dazugehörigen Tarife des Verbands;
4. Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter;
5. Aufnahme neuer Mitglieder nebst Art und Weise der Übernahme von Anlagen zur Trinkwasserversorgung (§ 4) sowie Ausscheiden einzelner Verbandsmitglieder;
6. Auflösung des Zweckverbands und Bestellung von Abwicklern;
7. Festlegung und Änderung der Haushaltssatzung sowie Festsetzung des Gesamtbetrages der äußeren Darlehen und des Höchstbetrages der äußeren Kassenkredite;
8. Festsetzung der Verbandseinlagen und der Verbandsumlagen;
9. Errichtung oder wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen;
10. Die Errichtung, Übernahme, wesentliche Veränderung, vollständige oder teilweise Veräußerung und die Auflösung von Unternehmen sowie die unmittelbare und mittelbare Beteiligung an solchen Unternehmen;
11. Für Unternehmen an denen der Zweckverband beteiligt ist, über:
 - a) Errichtung und Übernahme von Unternehmen, die wesentliche Veränderung des Unternehmens, die Beteiligung an Unternehmen,
 - b) Verfügung über Vermögen und die Aufnahme von Krediten, soweit Rechtsgeschäfte von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für das Unternehmen sind,
 - c) Wirtschaftspläne, die Verwendung des Jahresergebnisses sowie Bestellung, Abberufung und Entlastung von Mitgliedern der Geschäftsführung,
 - d) Geschäftsordnung der Geschäftsführung, Allgemeine Versorgungsbedingungen sowie Allgemeine Tarife,
 - e) die widerrufliche Entsendung der zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder, die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder sowie über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder,
 - f) die Änderung des Gesellschaftsvertrages.
 Die Vertreter des Zweckverbandes in der Gesellschafterversammlung haben für Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zu Nr. 11 a) bis f) vorab einen zustimmenden Weisungsbeschluss der Verbandsversammlung einzuholen.
12. Erwerb, Veräußerung und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie Abschluss von sonstigen Rechtsgeschäften mit einem Wertumfang von über 50.000,00 Euro;
13. Niederschlagung und Erlass fälliger Forderungen des Verbands sowie Führung von Rechtsstreitigkeiten und

Abschluss von Vergleichen, soweit sie für den Zweckverband von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind;

14. Übertragung weiterer Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung an den Verbandsvorsitzenden;
15. Sonstige Angelegenheiten, die ihr wegen der besonderen Bedeutung für den Zweckverband von Verbandsvorsitzenden vorgelegt werden oder deren Vorlage sie verlangt;
16. Bestellung, Entlastung und Abberufung eines Zweckverbandsgeschäftsführers sowie dessen Stellvertreters.

(2) Für die Beschlussfassung zu § 9 Abs. 1 Nr. 10 und 11 a) gilt eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung.

(3) Die Verbandsversammlung kann zur Vorberatung auf bestimmten Gebieten beratende Ausschüsse bilden. Für jeden zu bildenden Ausschuss sind neben dem Verbandsvorsitzenden mindestens vier weitere Verbandsräte zu benennen.

§ 10

Rechtsstellung der Verbandsräte

Die Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig.

§ 11

Wahl des Verbandsvorsitzenden

(1) Die Verbandsversammlung wählt aus der Mitte ihrer gemäß § 6 Abs. 1 entsandten Vertreter den Verbandsvorsitzenden und zwei Stellvertreter. Sie werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, für die Dauer dieses Amtes gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Ist der Verbandsvorsitzende, nicht aber zugleich auch seine Stellvertreter zu wählen, etwa weil das kommunale Wahlamt des Verbandsvorsitzenden vor Ablauf der Wahlperiode endet, sind die Stellvertreter gleichwohl berechtigt, für die Wahl des Verbandsvorsitzenden zu kandidieren. In diesem Fall findet zugleich mit der Wahl des Verbandsvorsitzenden auch die Wahl der Stellvertreter statt.

(2) Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen; es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied der Verbandsversammlung dem widerspricht. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen eine Stichwahl statt, bei der die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Steht nur ein Bewerber zur Wahl, ist er gewählt, wenn er die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht. Andernfalls findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreicht.

§ 12

Zuständigkeit

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen.

(2) Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Rechtsvorschrift, diese Verbandssatzung oder von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.

(3) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen:

1. die Bewirtschaftung von Einnahmen des Haushaltsplanes,
2. die Bewirtschaftung von Ausgaben des Haushaltsplanes bis zu einem Betrag von 25.000,00 Euro im Einzelfall,
3. die Verfügung über Vermögen des Zweckverbandes, den Erwerb, die Veräußerung und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert von 50.000,00 Euro im Einzelfall,
4. die Zustimmung zu überplan- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu einem Betrag von 5.000,00 Euro im Einzelfall,
5. die Stundung, die Niederschlagung oder der Erlass fälliger Ansprüche bis zu einem Betrag von 5.000,00 Euro im Einzelfall,
6. die Führung von Rechtsstreiten und der Abschluss von Vergleichen bis zu einem Wert von 10.000,00 Euro im Einzelfall,
7. die Aufnahme und Umschuldung äußerer Kassenkredite und Darlehen zu den allgemein üblichen Bedingungen einschließlich des Abschlusses von derivativen Finanzgeschäften im Rahmen der Haushaltssatzung und der jeweils geltenden Verwaltungsvorschriften und des geltenden Rechts sowie unter Beachtung der Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung und der allgemeinen und gesetzlichen Spekulationsverbote. Der Verbandsvorsitzende hat in der Verbandsversammlung über den Abschluss solcher Geschäfte sowie über Art, Umfang und finanzielle Auswirkungen der abgeschlossenen Geschäfte zu berichten und diese zu dokumentieren.

(4) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsitzenden weitere Angelegenheiten zur selbstständigen Erledigung übertragen werden.

(5) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse delegieren. Der Verbandsvorsitzende kann seine Befugnisse, insbesondere die laufenden Verwaltungsangelegenheiten, zur dauernden selbstständigen Erledigung auf den Geschäftsführer übertragen; die zur dauernden selbstständigen Erledigung übertragenen Befugnisse sind vom Verbandsvorsitzenden in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung niederzulegen, welche – wie auch jede Änderung – der Verbandsversammlung bekannt zu geben ist. Mit Zustimmung eines Verbandsmitgliedes kann der Verbandsvorsitzende laufende Verwaltungsangelegenheiten auf die Dienstkräfte des Verbandsmitgliedes übertragen.

(6) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer Dringlichkeitssitzung der Verbandsversammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Mitgliedern der Verbandsversammlung zur nächstfolgenden Sitzung mitzuteilen und durch diese zu bestätigen.

§ 13

Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter

Der Verbandsvorsitzende und seine Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Der Verbandsvorsitzende und seine Stellvertreter erhalten für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung. Die Entschädigung wird durch Satzung geregelt.

§ 14**Dienstherreneigenschaften**

Der Zweckverband beschäftigt einen ehrenamtlichen Geschäftsführer und einen ehrenamtlichen stellvertretenden Geschäftsführer. Der Geschäftsführer hat beratende Stimme in den Sitzungen der Verbandsgremien. Der Zweckverband beschäftigt keine hauptamtlichen Bediensteten.

III.**Wirtschafts- und Haushaltsführung, Finanzierung****§ 15****Verbandswirtschaft**

Auf die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbandes sind entsprechend § 58 Abs. 1 Sächs-KomZG die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft anzuwenden.

§ 16**Haushaltssatzung**

Die Haushaltssatzung ist von der Verbandsversammlung zu beschließen. Rechnungs- und Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 17**Deckung des laufenden Finanzbedarfs**

(1) Der laufende Finanzbedarf, insbesondere der Aufwand für den Betrieb und die Unterhaltung der Verbandsanlagen einschließlich angemessener Abschreibungen von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten und einer angemessenen Verzinsung des Anlagekapitals, wird durch besondere Entgelte für die vom Zweckverband erbrachten Leistungen und durch sonstige Einnahmen gedeckt.

(2) Soweit die vorstehenden Einnahmen des Zweckverbandes zur Bestreitung der Ausgaben nach Absatz 1 nicht ausreichen, haben die Verbandsmitglieder eine Umlage zur Deckung des Fehlbetrags zu leisten.

(3) Maßstab für die Berechnung der von den Verbandsmitgliedern zu zahlenden Umlagen ist die jeweils geltende Stimmenanzahl der Verbandsmitglieder gemäß § 6 Abs. 2 und 3, unabhängig davon, ob diese gemäß § 6 Abs. 4 und 5 vorübergehend abweichend gewichtet werden.

§ 18**Umlagenfestsetzung, Umlagenfälligkeit**

(1) Die Höhe der Umlagen wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr neu festgesetzt. Sie können während des Haushaltsjahres durch eine Nachtragshaushaltssatzung geändert werden. Die Umlagebeträge sind den einzelnen Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen (Umlagenbescheid).

(2) Auf die Umlagen werden vierteljährliche Vorauszahlungen erhoben, die innerhalb von zwei Wochen nach Anforderung an den Zweckverband zu zahlen sind.

§ 19**Gebühren, Entgelte**

(1) Der Zweckverband erhebt für seine Leistungen gegenüber Anschlussnehmern Gebühren, soweit er nicht privatrechtliche Entgelte berechnet. Die Höhe der Gebühren bemisst sich nach dem Prinzip der Kostendeckung für die vom Zweckverband erbrachten Versorgungsleistungen und ist auf Grundlage der tatsächlich entstehenden Kosten für die jeweiligen Leistungen im Verbandsgebiet festzusetzen. Der Zweckverband erlässt entsprechende Gebührensatzungen.

(2) Erhebt der Zweckverband für die von ihm erbrachten Leistungen privatrechtliche Entgelte, gilt für die Ermittlung dieser Entgelte der Grundsatz der Kostendeckung. Darüber hinaus sind die weiteren Grundsätze kommunalen Finanzgebarens zu beachten. Die jeweils ermittelten Entgelte werden in Allgemeinen Tarifen festgelegt.

(3) Die Höhe der Gebühren beziehungsweise Entgelte ist jährlich daraufhin zu überprüfen, ob sie dem Grundsatz der Kostendeckung entspricht, über die Neubemessung der Gebühren beziehungsweise Entgelte entscheidet die Verbandsversammlung. Bis zum Beschluss der Verbandsversammlung über die Neubemessung gelten die bisherigen Gebühren beziehungsweise Entgelte.

(4) Beauftragt der Zweckverband einen Dritten ganz oder teilweise mit der Aufgabenerfüllung, kann er dem Dritten die Befugnis einräumen, mit den Anschlussnehmern direkte Entgelte zu vereinbaren. In diesem Falle erlässt der Zweckverband entsprechende Rumpfsatzungen. Die von dem Dritten berechneten Entgelte bedürfen der Zustimmung der Verbandsversammlung; Änderungen sind ihr zur Genehmigung vorzulegen.

§ 20**Kassenverwaltung**

Die Kassengeschäfte werden am Sitz des Zweckverbandes gemäß § 1 Abs. 2 geführt.

§ 21**Rechnungsprüfung**

(1) Der Verbandsvorsitzende legt der Verbandsversammlung den Jahresabschluss innerhalb der in § 88c Abs. 1 SächsGemO festgelegten Frist vor.

(2) Der Jahresabschluss wird innerhalb von drei Monaten nach ihrer Aufstellung örtlich geprüft. Dazu bedient sich der Zweckverband des Rechnungsprüfungsamtes eines Verbandsmitglieds oder eines Landkreises, in dem das Gemeindegebiet eines der Verbandsmitglieder gelegen ist. Die Verbandsmitglieder entscheiden einvernehmlich, durch welches Rechnungsprüfungsamt die Prüfung erfolgt.

(3) Nach der örtlichen Prüfung wird der Jahresabschluss innerhalb der in § 88c Abs. 2 SächsGemO festgelegten Frist von der Verbandsversammlung festgestellt. Die Entlastung des Verbandsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie des Geschäftsführers und seines Stellvertreters soll unmittelbar nach der Feststellung des Jahresabschlusses erfolgen.

(4) Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen und zusammen mit dem Jahresabschluss ortsüblich bekannt zu machen. Gleichzeitig ist der Jahresabschluss

mit Rechenschaftsbericht an sieben Arbeitstagen öffentlich auszulegen. In der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

(5) Aufgrund des Ergebnisses der überörtlichen Rechnungsprüfung bestätigt die Rechtsaufsichtsbehörde den Abschluss der Prüfung.

IV.

Änderungen der Verbandssatzung, Aufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern, Auflösung des Zweckverbands, Schlichtung

§ 22

Änderungen der Verbandssatzung

(1) Änderungen der Verbandssatzung sind in der Verbandsversammlung zu beschließen. Sie bedürfen einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmen in der Verbandsversammlung.

(2) Anträge auf Satzungsänderungen müssen schriftlich beim Verbandsvorsitzenden eingereicht und begründet werden.

§ 23

Aufnahme von Verbandsmitgliedern

(1) Weitere Gemeinden können – auch unter Berücksichtigung bestehender Staatsverträge – dem Zweckverband beitreten. Der Zweckverband kann sich mit einem oder mehreren Zweckverbänden vereinigen.

(2) Über den Beitritt weiterer Mitglieder entscheidet die Verbandsversammlung. Sie setzt die Bedingungen für den Beitritt fest.

(3) Der Beitritt weiterer Verbandsmitglieder bedarf der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 24

Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

(1) Das Ausscheiden eines Verbandsmitglieds erfolgt durch Austritt oder Ausschluss.

(2) Der Austritt eines Mitglieds ist unter Vorlage eines Beschlusses der zuständigen kommunalen Vertretung zu beantragen.

(3) Der Ausschluss kann vom Verbandsvorsitzenden beantragt werden, wenn ein Verbandsmitglied

1. die Verpflichtungen aus der Verbandssatzung nicht erfüllt,
2. in anderer Weise die Erfüllung von Verbandsaufgaben schwerwiegend beeinträchtigt oder
3. durch eigene Handlungen andere Verbandsmitglieder unzumutbar belastet und dieser Umstand auch nach zweimaliger Mahnung fortbesteht.

Ein Ausschluss nach Satz 1 ist nur möglich; wenn das Verbandsmitglied bei jeder Mahnung auf die Rechtsfolge des Ausschlusses hingewiesen worden ist.

(4) Der Austritt bedarf eines Beschlusses mit drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmen der Verbandsversammlung. Der Ausschluss eines Verbandsmitgliedes bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmen der Verbandsversammlung.

(5) Dem Verbandsmitglied ist vor der Beschlussfassung Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu den bestehenden Ausschlussgründen zu geben.

(6) Das Ausscheiden durch Austritt oder Ausschluss wird mit Ablauf des Haushaltsjahres wirksam, welches auf das Haushaltsjahr folgt, in dem die Verbandsversammlung über das Ausscheiden beschlossen hat.

(7) Das ausscheidende Verbandsmitglied haftet für die bis zum Zeitpunkt der Wirksamkeit seines Ausscheidens entstandenen Verpflichtungen dem Zweckverband und der WRG GmbH weiter. Es hat keinen Rechtsanspruch auf die Übertragung anteiligen, vom Zweckverband oder der WRG GmbH geschaffenen Vermögens.

(8) Das ausscheidende Verbandsmitglied ist verpflichtet, solche finanziellen Nachteile auf eigene Kosten auszugleichen, die dem Zweckverband oder der WRG GmbH durch das Ausscheiden des Verbandsmitglieds entstehen (z. B. Arbeitnehmer-, Verwaltungs- und sonstige Fixkosten, etc.).

(9) Der Zweckverband hat dem ausscheidenden Verbandsmitglied, die auf dessen Gebiet gelegenen örtlichen Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke grundsätzlich zum Restbuchwert zu übertragen, sofern der Zweckverband diese zur Erfüllung seiner verbleibenden Aufgaben nicht benötigt. Zusätzlich zum Restbuchwert übernimmt das ausscheidende Verbandsmitglied zugleich auch etwa noch bestehende Verbindlichkeiten für die betreffenden Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke. Die Übertragung der betreffenden Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke hat durch eine schriftliche vertragliche Vereinbarung zu erfolgen, in der neben dem Restbuchwert auch solche werterhaltenden und wertsteigernden Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen sind, die den Restbuchwert nicht erhöht haben (z. B. Instandhaltungsmaßnahmen).

(10) Der Beschluss über den Austritt oder der Ausschluss eines Verbandsmitglieds bedarf der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 25

Auflösung des Zweckverbands

(1) Die Auflösung bedarf der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmen in der Verbandsversammlung.

(2) Im Falle der Auflösung findet nach Berichtigung der Verbindlichkeiten des Zweckverbands eine Vermögensauseinandersetzung statt. Das Vermögen wird unter den Verbandsmitgliedern nach dem Verhältnis der Berechnung ihrer Verbandsumlage gemäß § 17 verteilt.

(3) Der Beschluss über die Auflösung des Zweckverbands bedarf der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 26

Aufsicht, Schlichtung von Streitigkeiten

(1) Änderungen der Verbandssatzung bedürfen der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und den Verbandsmitgliedern, wenn sie sich gleichgeordnet gegenüberstehen, und bei Streitigkeiten der Mitglieder des

Zweckverbands untereinander aus dem Verbandsverhältnis ist die Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

lichung in den das Verbandsgebiet gemäß § 2 Abs. 2 betreffenden Regionalausgaben des Wochenkurier bekannt gegeben.

V. Schlussbestimmungen

§ 27 Öffentliche Bekanntmachung

Soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben ist, werden Satzungen und sonstige gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichungen des Zweckverbandes durch Veröffent-

§ 28 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung dieser Satzung und der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Riesa, den 22. Juni 2021

Regionaler Zweckverband kommunale Wasserversorgung Riesa/Großenhain
Marco Müller
Verbandsvorsitzender

Anlage 1

Auflistung der Verbandsmitglieder:

Riesa
Großenhain (für Großenhain, Skassa, Zschauitz, Weißnitz, Rostig, Folbern, Wildenhain, Walda-Kleinthiemig, Bauda, Colmnitz)
Diera-Zehren (für Niederlommatsch)
Ebersbach
Glaubitz
Hirschstein
Lampertswalde (für Quersa, Brockwitz, Adelsdorf, Weißig a.R., Blochwitz, Brölnitz, Oelsnitz-Niegeroda)
Lommatsch
Mühlberg/Elbe
Nünchritz
Priestewitz
Schönfeld
Stauchitz
Strehla
Thiendorf
Wülknitz
Zeithain

Hinweis

Nach § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Verband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der im § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zur JPD Stiftung,
vormals Preiss-Daimler Stiftung/Medical Equipment und Research**

Gz.: 20-2245/326/3

Vom 8. November 2021

Durch Genehmigung der Landesdirektion Sachsen vom 5. November 2021 ist die Satzung der Preiss-Daimler Stiftung/Medical Equipment und Research geändert worden. Die Stiftung trägt nun den Namen: JPD Stiftung. Sie hat ihren Sitz nach Wilsdruff verlegt und den Stiftungszweck erweitert.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Zweck der Stiftung ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere die Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, auch durch Krankenhäuser im Sinne des § 67 der Abgabenordnung. Darüber

hinaus ist Zweck der Stiftung die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe. Zweck ist auch die Beschaffung und Weiterleitung von Mitteln für die Verwirklichung der vorgenannten Zwecke durch andere steuerbegünstigte Körperschaften, juristische Personen des öffentlichen Rechts und ausländische Körperschaften gemäß § 58 Nummer 1 der Abgabenordnung.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 8. November 2021

Landesdirektion Sachsen
Roth
Referatsleiter Kommunalwesen

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“

Vom 19. Oktober 2021

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“ hat mit Bescheid vom 19. Oktober 2021 (Az.: 15.2-093.1101:00-AZV-KM-Nord<06.10.2021) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

„Die am 6. Oktober 2021 von der Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ beschlossene Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ vom 26. September 2000, zuletzt geändert am 24. September 2019, wird genehmigt.“

Die Änderungssatzung zur Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 19. Oktober 2021

Landratsamt Bautzen
Michael Harig
Landrat

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“

Auf der Grundlage des § 61 Abs. 1 und des § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. Seite 270) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ am 06.10.2021 folgende Änderung der Verbandssatzung vom 26.09.2000 (SächsABl. Seite 826) in der Fassung der Änderungssatzungen vom 29.08.2001 (SächsABl. Seite 1112), 08.11.2001 (SächsABl. 2002 Seite 30), 28.02.2003 (SächsABl. Seite 406), 26.08.2003 (SächsABl. Seite 970), 01.07.2004 (SächsABl. Seite 782), 08.10.2004 (SächsABl. Seite 1181), 12.07.2005 (SächsABl. Seite 794), 18.12.2006 (SächsABl. 2007 Seite 229), 26.11.2008 (SächsABl. 2009 Seite 311), 29.03.2010 (SächsABl. Seite 687), 10.09.2013 (SächsABl. Seite 197), 21.09.2015 (SächsABl. 2016 Seite 109), 25.09.2017 (SächsABl. 2018 Seite 101) und 24.09.2019 (SächsABl. Seite 1865) beschlossen:

Artikel 1 Änderung

In § 11 – Deckung des Finanzbedarfes, Umlagemaßstab – wird hinter Absatz 3 folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

(4) Die durch Umlagen zu deckenden Aufwendungen der Straßenentwässerung werden durch eine besondere Straßenentwässerungskostenumlage erhoben. Die Kosten der Straßenentwässerung (Straßenentwässerungskostenumlage) ermittelt der Zweckverband im Rahmen und für den Zeitraum der jeweiligen Abwassergebührenkalkulation des Verbandes nach § 11 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG). Umlagemaßstab für die Straßenentwäs-

serungskostenanteile ist die anteilige Länge aller öffentlichen Sammler, die der Entwässerung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze dienen. Maßgebend ist die zum 01.01. des jeweiligen Wirtschaftsjahres ermittelte Länge. Die Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Wirtschaftsjahr festgesetzt.

Der bisherige Absatz 4 wird neu Absatz 5.

Artikel 2 Änderung

§ 6 – Verbandsversammlung – Absatz 2 Satz 3 wird abgeändert in: „Die Stimmen werden durch den Bürgermeister abgegeben, sofern nicht auf dessen Vorschlag das Hauptorgan des Verbandsmitglieds einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.“

Artikel 3 Änderung

In § 3 – Aufgaben des Verbandes – Absatz 5 Satz 2 a.E. wird das Wort „Verbrauchern“ in „Anschlussnutzern“ geändert.

Artikel 4 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bernsdorf, den 6. Oktober 2021

Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“
Lehmann
stellvertretender Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommu-

nale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 21 Absatz 3 Sächsischen des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 52 Absatz 2 Sätze 2 bis 5 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3) oder 4) geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“
Lehmann
stellvertretender Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Meißen
über die Anerkennung der Forstbetriebsgemeinschaft
„Großenhainer Land w. V.“**

Vom 3. November 2021

Mit Bescheid vom 3. November 2021 wurde die Forstbetriebsgemeinschaft „Großenhainer Land w. V.“ gemäß § 18 Absatz 1 des Bundeswaldgesetzes vom 2. Mai 1975, das zuletzt durch Artikel 112 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist – als Forstbetriebsgemeinschaft anerkannt.

Gleichzeitig wurde ihr gemäß § 19 des Bundeswaldgesetzes in Verbindung mit § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein verliehen.

Die vollständige Bezeichnung lautet:

**Forstbetriebsgemeinschaft „Großenhainer
Land w. V.“ (wirtschaftlicher Verein) mit Sitz
in 01558 Großenhain, Klostergasse 8**

Das Landratsamt Meißen als untere Forstbehörde ist gemäß § 37 Absatz 2 Nummer 1 des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 10. April 1992 (SächsGVBl. S. 137), das zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 11. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 358) geändert worden ist, die für die Anerkennung nach § 18 Absatz 1 des Bundeswaldgesetzes zuständige Landesbehörde.

Durch den Zusammenschluss der beteiligten Waldbesitzer sollen die Bewirtschaftung der angeschlossenen Waldflächen und der zur Aufforstung bestimmten Flächen verbessert werden.

Meißen, den 3. November 2021

Landratsamt Meißen
Ralf Hänsel
Landrat

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Nordsachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung
des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“**

Vom 3. November 2021

Das Landratsamt Nordsachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 18. Oktober 2021 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 und § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) über die Neufassung der Verbandssatzung des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“ wie folgt entschieden:

1. Die von der Versammlung des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“ in der öffentlichen Sitzung am

20. September 2021 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“ (Beschluss Nummer 05/09.21) wird genehmigt.

2. Die Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Die Neufassung der Verbandssatzung des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“ wird nachfolgend bekannt gemacht.

Torgau, den 3. November 2021

Landratsamt Nordsachsen
Kai Emanuel
Landrat

Neufassung der Verbandssatzung des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“

Aufgrund von § 61 Abs. 1 in Verbindung mit § 26 Abs. 1 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) hat die Verbandsversammlung des „Abwasserverbandes Untere Döllnitz“ am 20.09.2021 im Wege der Änderung der bisherigen Verbandssatzung in der Fassung der Neufassung vom 07. Juni 2004 (SächsABl. S. 692), geändert durch die Satzung zur 1. Änderung der Verbandssatzung vom 26.01.2009 (SächsABl. S. 670), geändert durch die Satzung zur 2. Änderung der Verbandssatzung vom 03.11.2014 (SächsABl. 2015 S. 164), geändert durch die Satzung zur 3. Änderung der Verbandssatzung vom 01.06.2015 (SächsABl. S. 1036) die folgende Neufassung der Verbandssatzung beschlossen:

I. ABSCHNITT: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Name und Sitz

(1) Der Zweckverband führt den Namen „Abwasserverband Untere Döllnitz“.

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Oschatz. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

§ 2 Verbandsmitglieder, Verbandsgebiet

(1) Mitglieder des Zweckverbandes sind die Stadt Dahlen, die Gemeinde Liebschützberg, die Gemeinde Naundorf und die Stadt Oschatz mit allen ihren Ortsteilen.

(2) Die Aufnahme weiterer Mitglieder ist im Rahmen des § 44 SächsKomZG möglich. Sie bedarf einer Änderung der Verbandssatzung.

(3) Der räumliche Wirkungskreis des Zweckverbandes umfasst das gesamte Gebiet der Mitgliedsgemeinden.

§ 3 Aufgabe des Zweckverbandes

(1) Aufgabe des Zweckverbandes ist es, in seinem räumlichen Wirkungskreis das Sammeln, Behandeln, Ableiten, Verregnen, Verrieseln und Versickern von Abwasser sowie das Stabilisieren, Entwässern und Entsorgen von Klärschlamm aus der Abwasserbehandlung und das Sammeln häuslicher Abwässer und Fäkalien aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben sowie die Überwachung der Eigenkontrolle der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben und der Wartung dieser Anlagen sicherzustellen.

(2) Das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder zur Abwasserbeseitigung und die hiermit verbundenen Befugnisse und Verpflichtungen gehen in vollem Umfang auf den Zweckverband über. Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgabe Dritter bedienen und auf vertraglicher Basis für Nichtmitglieder deren Abwasserbeseitigung sicherstellen.

(3) Der Zweckverband kann im Rahmen seiner Aufgabe Satzungen erlassen. Insbesondere hat er die Befugnis, Sat-

zungen über den Anschluss- und Benutzungszwang, über die Benutzung öffentlicher Einrichtungen und die Erhebung von Kommunalabgaben zu erlassen. Soweit dies zweckmäßiger und möglich ist, kann der Zweckverband seine Leistungen auch auf privatrechtlicher Basis regeln und abrechnen.

(4) Der Zweckverband stellt seine Mitglieder von Haftungsansprüchen Dritter aus dem Betrieb der Anlagen nach Absatz 1 frei.

(5) Der Zweckverband übernimmt von seinen Mitgliedsgemeinden alle Anlagen der Abwasserbeseitigung, soweit sie zur Erfüllung der Verbandsaufgabe nach Absatz 1 erforderlich sind. Von den Mitgliedsgemeinden ab dem 01.07.1990 hergestellte Anlagen nach Satz 1 werden zum Restbuchwert, im Bau befindliche Anlagen zum Herstellungswert übernommen. Ertragszuschüsse und Zuweisungen sind zum Auflösungsrest, Kapitalzuschüsse, Beiträge und Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Beitragsschuld zum Nominalwert und die von den Anschlussnehmern geleisteten Hausanschlusskosten zum Restbuchwert in Abzug zu bringen. Werden die jeweiligen Werte von den Beteiligten nicht anerkannt, sind diese von einem unabhängigen Sachverständigen bindend festzustellen. Soweit eine Mitgliedsgemeinde die Vermögensgegenstände unentgeltlich erhalten hat, sind sie dem Zweckverband auch unentgeltlich zu übertragen. Noch nicht verwendete Zuschüsse aus öffentlichen Kassen für diese zu übergebenden Anlagen sind zu übertragen. Vor dem 01.07.1990 errichtete Anlagen werden unentgeltlich übernommen. Als Abwasserbeseitigungsanlagen gelten alle Anlagen, die der Erfüllung der im Absatz 1 genannten Aufgabe dienen.

(6) Die Verbandsmitglieder treten mit ihrem Beitritt alle Restitutionsansprüche, die ihnen bezüglich des vom Zweckverband zu übernehmenden Vermögens zustehen, unentgeltlich ab.

(7) Alte Abwasserrechte, insbesondere Nutzungsgenehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen und Befugnisse der Verbandsmitglieder gehen auf den Zweckverband über.

(8) Der Zweckverband übernimmt in seinem räumlichen Wirkungskreis von seinen Verbandsmitgliedern die Pflicht, entsprechend § 8 Absatz 1 Satz 1 SächsAbwAG an Stelle von Einleitern, die im Jahresdurchschnitt weniger als acht Kubikmeter je Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliches Schmutzwasser einleiten, Abwasserabgabe zu entrichten. Zur Deckung der ihm dabei entstehenden Aufwendungen erhält der Zweckverband das Recht, eine Abgabe zu erheben (§ 8 Absatz 2 SächsAbwAG).

(9) Der Zweckverband übernimmt auch die Aufgabe der Beseitigung des von den Straßen, Wegen und Plätzen abfließenden Niederschlagswassers. Er schließt mit den Trägern der Straßenbaulast von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes-, Staats- und Kreisstraßen Vereinbarungen gemäß der Ortsdurchfahrtrichtlinie des Bundes bzw. gemäß § 23 Absatz 5 des Sächsischen Straßengesetzes ab bzw. macht gegenüber diesen Straßenbaulastträgern Kostenersatzungen aus anderen Rechtsgrundlagen geltend. Für die in der Unterhaltungslast der Mitgliedsgemeinden stehenden und an die Abwasseranlagen angeschlossenen Ortsdurchfahrten und Gemeindestraßen werden bei der erstmaligen Herstellung und der Erneuerung von Kanälen und sonstigen Abwasseranlagen, die auch der Beseitigung und Reinigung des Oberflächenwassers dienen, von den Mitgliedsgemein-

den Kostenbeteiligungen gemäß § 20 Absatz 2 Satz 1 erhoben. Satz 3 gilt für Ortsdurchfahrten in der Baulast des Bundes, des Freistaates und der Landkreise entsprechend, soweit sich die Baulastträger nicht zu beteiligen haben oder die Kostenbeteiligungen nach Satz 2 zur Deckung der nach dem Sächsischen Kommunalabgabengesetz bemessenen Straßenentwässerungsanteile nicht ausreichen. Die Straßeneinläufe und deren Anbindung an die Abwasseranlagen sind keine Anlagen des Zweckverbandes. Die Errichtung dieser Anlagen erfolgt ausschließlich durch und auf Kosten des jeweiligen Straßenbaulastträgers.

§ 4 Benutzung der Grundstücke für Aufgaben des Zweckverbandes

(1) Die Mitgliedsgemeinden sind verpflichtet, dem Verband alle in ihrem Eigentum stehenden Grundstücke und sonstigen dinglichen Nutzungsrechte unentgeltlich zur Nutzung zu überlassen, soweit dies die Durchführung der Zweckverbandsaufgabe erfordert. Beabsichtigt eine Mitgliedsgemeinde die Veräußerung eines solchen Grundstücks, ist sie verpflichtet, dem Zweckverband diese Absicht anzuzeigen und mit ihm rechtzeitig vor Veräußerung eine Dienstbarkeit für die betreffende Abwasseranlage zu vereinbaren und grundbuchrechtlich zu sichern.

(2) Bei Inanspruchnahme eines Grundstückes, deren Eigentümer oder sonst dinglich Nutzungsberechtigter kein Verbandsmitglied ist, ist ein Gestattungsvertrag abzuschließen. Die Gestattung soll durch Eintragung eines dinglichen Nutzungsrechtes im Grundbuch gesichert werden. Die Kosten hierfür trägt der Zweckverband.

(3) Zur Sicherung der Inanspruchnahme von Grundstücken für Abwasseranlagen, die zum 03.10.1990 in Betrieb waren, verfährt der Abwasserverband nach den §§ 9ff. des Grundbuchbereinigungsgesetzes und der dazu erlassenen Vorschriften in der jeweils aktuellen Fassung.

II. ABSCHNITT: Verfassung und Verwaltung

§ 5 Organe

(1) Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.

(2) Die Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung, im Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende sowie sämtliche Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Vorbehaltlich anderer Rechtsvorschriften können durch Satzung angemessene Aufwandsentschädigungen festgesetzt werden.

§ 6 Zusammensetzung und Stimmenverteilung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes besteht aus einem Vertreter einer jeden Mitgliedsgemeinde nach Absatz 4 und weiteren Vertretern der Mitgliedsgemeinden nach Absatz 2.

(2) Die Stadt Dahlen, die Gemeinde Liebschützberg und die Gemeinde Naundorf entsenden jeweils zwei weitere Ver-

treter, die Stadt Oschatz entsendet drei weitere Vertreter in die Verbandsversammlung. Die weiteren Vertreter werden vom Gemeinderat für die Dauer seiner Wahlperiode aus seiner Mitte gewählt; § 16 Absatz 4 SächsKomZG ist anzuwenden.

(3) In der Verbandsversammlung gilt folgende Stimmenverteilung:

Stadt Dahlen	18 von 100
Gemeinde Liebschützberg	17 von 100
Gemeinde Naundorf	16 von 100
Stadt Oschatz	49 von 100

Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes können nur einheitlich durch dessen Vertreter nach Absatz 4 abgegeben werden.

(4) Eine Mitgliedsgemeinde wird in der Verbandsversammlung durch den Bürgermeister vertreten, sofern nicht ein anderer leitender Bediensteter der Mitgliedsgemeinde zum Vertreter gewählt wird.

(5) Die Verbandsmitglieder können ihren Vertretern Weisungen erteilen.

(6) Bedienstete des Zweckverbandes können nicht gleichzeitig als weitere Vertreter eines Verbandsmitgliedes der Verbandsversammlung angehören.

§ 7 Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. Sie nimmt die Aufgaben des Zweckverbandes, insbesondere den Erlass von Satzungen wahr, soweit nicht der Verbandsvorsitzende oder der Verwaltungsrat zuständig ist. Die Verbandsversammlung legt die Grundsätze der Verbandstätigkeit fest.

(2) Durch Beschluss kann die Verbandsversammlung dem Verwaltungsrat oder dem Verbandsvorsitzenden einzelne Angelegenheiten zur Erledigung übertragen. Sie kann die Entscheidung über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

1. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter,
2. die Änderung und Ergänzung dieser Verbandssatzung,
3. den Erlass von Satzungen, insbesondere auch die Festsetzung des Wirtschaftsplanes und der Umlagen als Bestandteile des Haushaltssatzung,
4. den Erlass von Abwasserbeseitigungsbedingungen und die allgemeine Festsetzung von Abgaben und Tarifen,
5. die Änderung des räumlichen Wirkungskreises des Zweckverbandes (§ 2 Absatz 3),
6. das Ausscheiden eines Mitgliedes und die Aufnahme von neuen Mitgliedern,
7. die Bestellung eines Gewässerschutzbeauftragten gemäß § 60 SächsWG,
8. die Feststellung des Jahresabschlusses,
9. die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen des Zweckverbandes,
10. im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von leitenden Bediensteten, einschließlich des Geschäftsführers des Zweckverbandes, sowie die Festsetzung von Vergütungen, auf die kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht,
11. alle Angelegenheiten von besonderer rechtlicher, wirtschaftlicher oder sonstiger Bedeutung für den Zweckverband, insbesondere solche, deren Wert pro Einzelfall 500.000,00 EUR (netto) übersteigt. Für Angelegenhei-

ten der vorgenannten Art, die regelmäßige oder wiederkehrende Rechte oder Pflichten des Zweckverbandes betreffen und die befristet sind, ist der gesamte Wert maßgebend; sind die Angelegenheiten unbefristet, ist der Jahreswert maßgebend,

12. die Entscheidung der Auswahl des örtlichen Prüfers nach § 19 dieser Verbandssatzung

(3) Soweit nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder Bestimmungen dieser Satzung die Verbandsversammlung zuständig ist, ist der Verwaltungsrat zuständig.

§ 8

Geschäftsgang der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert; sie soll jedoch mindestens einmal im Jahr einberufen werden.

(2) Die Verbandsversammlung gibt sich und dem Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung.

(3) Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Verbandsmitglied widerspricht.

§ 9

Zusammensetzung und Stimmenverteilung des Verwaltungsrates

(1) Mitglieder des Verwaltungsrates sind die Vertreter der Mitgliedsgemeinden nach § 6 Absatz 4.

(2) Vorsitzender des Verwaltungsrates ist der Verbandsvorsitzende.

(3) Jedes Mitglied des Verwaltungsrats hat eine Stimme; § 6 Absatz 5 ist anzuwenden.

§ 10

Zuständigkeit des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat entscheidet über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht die Verbandsversammlung oder der Verbandsvorsitzende zuständig sind. Der Verwaltungsrat ist insbesondere zuständig für alle Angelegenheiten, deren Wert pro Einzelfall von 500.000,00 EUR (netto) nicht übersteigt, soweit die Angelegenheiten nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder Bestimmungen dieser Satzung anderen zugewiesen sind. § 7 Absatz 2 Ziffer 11. Satz 2 gilt entsprechend.

§ 11

Geschäftsgang des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert; er soll jedoch mindestens einmal im Vierteljahr einberufen werden.

(2) Auf den Geschäftsgang des Verwaltungsrates finden die gesetzlichen Vorschriften sowie die Bestimmungen dieser Satzung für die Verbandsversammlung mit folgenden Ausnahmen entsprechende Anwendung:

1. die Einberufung für die Sitzungen des Verwaltungsrates muss den Mitgliedern mindestens 2 volle Arbeitstage

vor dem Sitzungstag zugehen, den Tag der Absendung nicht eingerechnet,

2. Niederschriften über die Sitzungen des Verwaltungsrates sind vom Geschäftsführer zu unterzeichnen, sofern dieser an der Sitzung teilgenommen hat. In allen anderen Fällen ist die Niederschrift vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen.

§ 12

Verbandsvorsitzender und Stellvertreter

Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus der Mitte ihrer gemäß § 6 Absatz 4 entsandten Vertreter gewählt. Die Stellvertretung bezieht sich auf den Fall der Verhinderung des Verbandsvorsitzenden als Vorsitzender der Verbandsversammlung, des Verwaltungsrates sowie als Leiter der Verbandsverwaltung.

§ 13

Stellung des Verbandsvorsitzenden in der Verbandsversammlung und im Verwaltungsrat, Leitung der Verbandsverwaltung

(1) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates. Er bereitet die Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates vor, beruft die Sitzungen schriftlich ein und vollzieht deren/dessen Beschlüsse. Ist noch kein Verbandsvorsitzender gewählt, beruft der an Lebensjahren älteste Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden die Verbandsversammlung ein.

(2) Der Verbandsvorsitzende ist Leiter der Verbandsverwaltung. Er vertritt den Zweckverband.

(3) Der Verbandsvorsitzende ist Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Verbandsbediensteten.

(4) Im Übrigen gilt § 56 Absatz 3 SächsKomZG.

§ 14

Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder diese Satzung oder von einem anderen Verbandsorgan übertragenen Aufgaben und Angelegenheiten, insbesondere solche, deren Wert pro Einzelfall 100.000,00 EUR (netto) nicht übersteigt; § 7 Absatz 2 Ziffer 11. Satz 2 gilt hier entsprechend.

§ 15

Bedienstete

Der Zweckverband hat hauptamtliche Bedienstete.

§ 16

Geschäftsführer

(1) Als hauptamtlichen Bediensteten bestellt die Verbandsversammlung einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer ist verpflichtet, mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates teilzunehmen und auf Verlangen über die Angelegenheiten seines Aufgabenbereiches Auskunft zu erteilen. Bei Verhin-

derung kann sich der Geschäftsführer von einem Bediensteten des Verbandes vertreten lassen.

(2) Der Geschäftsführer führt den technischen Anlagenbetrieb sowie alle laufenden Verwaltungsangelegenheiten des Zweckverbandes, soweit diese nicht der Verbandsversammlung, dem Verwaltungsrat oder dem Verbandsvorsitzenden vorbehalten sind.

(3) Der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende können den Geschäftsführer für einzelne Aufgaben mit deren Erledigung auf Weisung beauftragen. Außerdem bereitet der Geschäftsführer in Zusammenarbeit mit dem Verbandsvorsitzenden die Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates vor und wirkt am Vollzug der Beschlüsse dieser Organe mit.

(4) Das Weisungsrecht des Verbandsvorsitzenden gegenüber dem Geschäftsführer bleibt von den Regelungen der Absätze 2 und 3 unberührt.

III. ABSCHNITT: Wirtschaftsführung

§ 17 Wirtschaftsführung

Für die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes finden die für die kommunalen Eigenbetriebe geltenden Vorschriften, soweit diese für Zweckverbände anwendbar sind und soweit nicht spezielle Regelungen gelten, entsprechend und mit der Maßgabe Anwendung, dass an die Stelle der Gemeinde der Zweckverband, an die Stelle der Betriebssatzung die Verbandssatzung, an die Stelle des Gemeinderates die Verbandsversammlung, an die Stelle des Bürgermeisters und an die Stelle der Betriebsleitung der Verbandsvorsitzende sowie an die Stelle des Betriebsausschusses der Verwaltungsrat tritt. Wirtschaftsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr.

§ 18 Buchführung

Der Zweckverband führt seine Rechnung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung.

§ 19 Prüfungswesen

Der Zweckverband bedient sich zur örtlichen Prüfung eines anderen Rechnungsprüfungsamtes oder Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

IV. ABSCHNITT: Deckung des Finanzbedarfes

§ 20 Finanzierungsgrundsätze, Umlagen

(1) Zur Finanzierung seiner Aufgabe erhebt der Zweckverband kraft Satzung Gebühren, Beiträge, Verwaltungskosten, öffentlich-rechtlichen Aufwandsersatz und sonstige Abgaben sowie abgabenrechtliche Nebenleistungen.

(2) Der Zweckverband erhebt von den Mitgliedsgemeinden besondere Umlagen für die Straßenentwässerung (§ 22 und § 23). Daneben erhebt der Zweckverband, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, von den Verbandsmitgliedern eine allgemeine Betriebskostenumlage (§ 21 Absatz 1) und eine allgemeine Investitionskostenumlage (§ 21 Absatz 2).

(3) Die Umlagen werden für jedes Wirtschaftsjahr getrennt pro Verbandsmitglied in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes festgesetzt. Die Umlagen werden einen Monat nach Anforderung fällig. Sie können in vierteljährlichen Teilbeträgen erhoben werden. Liegt zum Zeitpunkt des Anforderens der Umlage keine rechtswirksame Haushaltssatzung vor, ist der Zweckverband berechtigt, Vorauszahlungen bis zu einer Höhe von drei Vierteln des Umlagebetrags des Vorjahres anzufordern. Die Vorauszahlungen werden mit den tatsächlichen Umlagen verrechnet.

(4) Vom Zweckverband für einzelne Verbandsmitglieder erbrachte Sonderleistungen sind von diesem Verbandsmitglied gesondert zu vergüten. Über die Höhe der Vergütung beschließt die Verbandsversammlung.

§ 21 Allgemeine Umlagen

(1) Zur Deckung der nicht anderweitig gedeckten Kosten des Erfolgsplans des Zweckverbandes wird eine jährliche allgemeine Betriebskostenumlage erhoben. Die Kosten für die besondere Umlage für die Straßenentwässerungunterhaltung (§ 23 Abs. 1) gehören nicht zu den Kosten nach Satz 1. Bringen Verbandsmitglieder Leistungen gegen Entgelt in den Zweckverband ein, welche nicht bereits anderweitig vergütet oder verrechnet wurden, werden die dafür nachgewiesenen Kosten auf die allgemeine Betriebskostenumlage des jeweiligen Verbandsmitgliedes angerechnet.

(2) Zur Deckung der nicht anderweitig gedeckten Kosten des Investitionsplans des Zweckverbandes für aktivierungspflichtige Vorhaben wird eine jährliche allgemeine Investitionskostenumlage erhoben. Die Kosten für die besondere Umlage für die Straßenentwässerungsinvestition (§ 22 Absatz 1) gehören nicht zu den Kosten nach Satz 1. Bringen Verbandsmitglieder Vermögen in den Zweckverband ein, wird der Wert des Vermögens auf die Investitionskostenumlage des jeweiligen Mitgliedes angerechnet. Dies trifft nicht zu für Vermögen nach § 3 Abs. 5 Satz 5.

(3) Die allgemeine Betriebskostenumlage (Absatz 1) ist für jedes Verbandsmitglied nach der Einwohnerzahl zu bemessen. Die allgemeine Investitionskostenumlage (Absatz 2) ist für jedes Verbandsmitglied für Anlagen, die allen Verbandsmitgliedern dienen, nach der Zahl der Einwohner (§ 125 SächsGemO) zu bemessen; dient die Anlage einem Verbandsmitglied nicht, bleibt es für diese Anlage von der allgemeinen Investitionskostenumlage frei. Maßgebend ist die Einwohnerzahl, die vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen jeweils zum 30. Juni des Vorjahres herausgegeben wird.

(4) Die Anteile der Verbandsmitglieder am entstandenen nicht anderweitig gedeckten allgemeinen Betriebs-, Unterhaltungs- und Investitionsaufwand für die direkt und nicht direkt einer Verbandsanlage zuzuordnenden Kosten werden jeweils mittels einer Kostenrechnung anlagenbezogen pro Verbandsmitglied ermittelt. Die Kostenrechnung wird im jeweiligen Wirtschaftsplan dargestellt.

§ 22**Straßenentwässerungsinvestitionsumlage**

(1) Zur Deckung der auf die Abwasserbeseitigung (einschließlich der Abwasserreinigung) der angeschlossenen Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten entfallenden und nicht anderweitig gedeckten Investitionsanteile (§ 11 Abs. 3 SächsKAG) leisten die Verbandsmitglieder eine besondere Straßenentwässerungsinvestitionsumlage. Dies gilt nicht für die Kosten der Straßeneinläufe und deren Anbindung an die Abwasseranlagen nach § 3 Absatz 9 Satz 6.

(2) Die Straßenentwässerungsinvestitionsumlage wird pauschal durch den Ansatz folgender Vom-Hundert-Sätze auf den vollen Herstellungsaufwand, bei gemeinsam genutzten Anlagen auf den vollen anteiligen Herstellungsaufwand der folgenden Abwasserbeseitigungsanlagen ermittelt:

- a) 25,00 vom Hundert für alle Kanalanlagen im Mischsystem,
- b) 5,00 vom Hundert für das Klärwerk sowie für Sammler und Zuleiter, wenn diese Niederschlagswasser nur insoweit abführen, als dieses auch im Klärwerk einem Reinigungsprozess unterzogen wird,
- c) 50,00 vom Hundert für Regenwasserkanäle und Regenklärbecken im Trennsystem.

Auf Klärwerke einschließlich Sammler und Zuleiter entfällt kein Straßenentwässerungsinvestitionsanteil, soweit im Trennsystem keine Niederschlagswasserbehandlung stattfindet oder diese in besonderen Regenklärbecken erfolgt.

(3) Die von den Straßenbaulastträgern gemäß § 3 Absatz 9 Satz 2 und 3 dieser Verbandssatzung an den Zweckverband zu zahlenden Kostenbeteiligungen werden auf die Straßenentwässerungsinvestitionsumlage angerechnet.

(4) Anlagen, die dem Zweckverband kostenlos übertragen worden sind, bleiben bei der Ermittlung der investiven Straßenentwässerungskostenanteile und somit bei der Straßenentwässerungsinvestitionsumlage außer Betracht.

(5) Soweit der Zweckverband in der Vergangenheit Investitionen getätigt oder bestehende Anlagen gegen Entgelt übernommen hat, werden die Straßenentwässerungskostenanteile an den Investitionen nach den in den Absätzen 1 bis 4 vereinbarten Grundsätzen ermittelt und ausgeglichen, soweit das noch nicht geschehen ist.

(6) Die Straßenentwässerungsinvestitionsumlage wird für jedes Verbandsmitglied gesondert ermittelt. Dabei wird der investive Straßenentwässerungskostenanteil der Verbandsanlagen, welche der Straßenentwässerung dienen, nach dem Verursacherprinzip jedem Verbandsmitglied zugeordnet. Dient eine Verbandsanlage einem Verbandsmitglied nicht, bleibt es für diese Anlage von der Straßenentwässerungsinvestitionsumlage frei.

(7) Für die Straßenentwässerungsinvestitionsumlage gilt § 20 Absatz 3 entsprechend.

§ 23**Straßenentwässerungsunterhaltungsumlage**

(1) Zur Deckung der auf die Abwasserbeseitigung (einschließlich der Abwasserreinigung) der angeschlossenen Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten entfallenden und nicht anderweitig gedeckten Betriebs- und Unterhaltungskostenanteile (§ 11 Absatz 3 SächsKAG) leisten die Verbandsmitglieder eine besondere Straßenentwässerungsunterhaltungsumlage.

(2) Die Straßenentwässerungsunterhaltungsumlage wird für jedes Verbandsmitglied gesondert nach den in § 22 Absatz 2 genannten Grundsätzen ermittelt. Dabei werden die nicht gedeckten Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Verbandsanlagen, welche der Straßenentwässerung dienen, nach dem Verursacherprinzip jedem Verbandsmitglied zugeordnet. Dient eine Verbandsanlage einem Verbandsmitglied nicht, bleibt es für diese Anlage von der Straßenentwässerungsunterhaltungsumlage frei.

(3) Soweit sich Straßenbaulastträger gemäß § 3 Absatz 9 Satz 2 und 3 dieser Verbandssatzung auch an den Betriebs- und Unterhaltungskosten der Straßenentwässerungsanlagen beteiligen, werden diese Kostenbeteiligungen auf die Straßenentwässerungsunterhaltungsumlage angerechnet.

(4) Anlagen, die dem Zweckverband kostenlos übertragen worden sind, werden bei der Ermittlung der Straßenentwässerungskosten an den Betriebs- und Unterhaltungskosten und somit bei der Straßenentwässerungsunterhaltungsumlage mit eingerechnet.

(5) Soweit der Zweckverband in der Vergangenheit Investitionen getätigt oder bestehende Anlagen gegen Entgelt übernommen hat, werden die Straßenentwässerungskostenanteile an den Betriebs- und Unterhaltungskosten nach den in den Absätzen 1 bis 3 vereinbarten Grundsätzen ermittelt und ausgeglichen, soweit das noch nicht geschehen ist.

(6) Für die Straßenentwässerungsunterhaltungsumlage gilt § 20 Absatz 3 entsprechend.

V. ABSCHNITT:**Schlussbestimmungen****§ 24****Öffentliche Bekanntmachungen und Bekanntgaben**

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes im Sinne der Kommunalbekanntmachungsverordnung erfolgen, soweit keine abweichenden Rechtsvorschriften bestehen, durch elektronische Veröffentlichung im Amtsblatt des Zweckverbandes auf dessen öffentlichem Onlineportal unter www.abwasser-oschatz.de.

(2) Sind Pläne oder zeichnerische Unterlagen, insbesondere Karten, Bestandteile einer Satzung, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie zur kostenlosen Einsicht durch jedermann in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, 04758 Oschatz, Mannschatzer Straße 38, während der Sprechzeiten, mindestens aber wöchentlich 20 Stunden, für die Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Hierauf muss in der Bekanntmachung der Satzung verwiesen werden. Der wesentliche Inhalt der niedergelegten Teile muss in der Satzung mit Worten umschrieben werden.

(3) Erscheint eine rechtzeitige Bekanntmachung nach Absatz 1 nicht möglich, wird in den Mitgliedsgemeinden nach der jeweils gültigen Bekanntmachungssatzung der Mitgliedsgemeinde not bekannt gemacht (Notbekanntmachung). Sobald es die Umstände zulassen, ist die Bekanntmachung nach Absatz 1 zu wiederholen.

(4) Die in den gesetzlichen Vorschriften vorgesehene „ortsübliche Bekanntgabe“ und die „ortsübliche Bekanntmachung“ erfolgen, sofern bundes- oder landesrechtlich nichts anderes bestimmt ist, durch elektronische Veröffentlichung im Amtsblatt des Zweckverbandes auf dessen öffentlichem Onlineportal unter www.abwasser-oschatz.de.

(5) Die öffentliche Bekanntmachung, die ortsübliche Bekanntgabe sowie die ortsübliche Bekanntmachung sind mit Ablauf des Erscheinungstages des elektronischen Amtsblatts, die Ersatzbekanntmachung mit Ablauf der Niederlegungsfrist und die Notbekanntmachung mit ihrer Durchführung vollzogen.

§ 25

Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

(1) Das Ausscheiden eines Verbandsmitgliedes aus dem Zweckverband ist auf dessen Antrag zulässig, wenn die Versammlung dem Antrag mit mindestens drei Viertel aller satzungsmäßigen Stimmen aller Verbandsmitglieder zustimmt. Die Zustimmung zum Ausscheiden kann verweigert werden, wenn Gründe des öffentlichen Wohls dem Ausscheiden entgegenstehen, insbesondere die weitere Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes nicht gesichert ist, unvertretbare haushaltsrechtliche Auswirkungen zu erwarten sind und sich die Verbandsmitglieder nicht über die Auseinandersetzung geeinigt haben. Das Ausscheiden eines Verbandsmitgliedes bedarf der Genehmigung der oberen Rechtsaufsichtsbehörde, einer Änderung dieser Satzung und deren Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Der Austritt eines Verbandsmitgliedes kann nur zum Jahresende erfolgen und muss bis zur Jahresmitte des laufenden Kalenderjahres schriftlich gegenüber dem Verbandsvorsitzenden erklärt werden. Das ausscheidende Mitglied haftet dem Zweckverband gegenüber für alle Verbindlichkeiten des Zweckverbandes, die vor seinem Ausscheiden entstanden sind, nach Maßgabe des Verteilungsschlüssels in § 26 Abs. 2 S. 4 im Zeitpunkt des Ausscheidens.

(3) Das ausscheidende Verbandsmitglied hat keinen Rechtsanspruch auf Übertragung von anteiligen, vom Zweckverband geschaffenen Vermögen.

(4) Der Zweckverband kann dem ausscheidenden Verbandsmitglied die auf seinem Gebiet gelegenen örtlichen Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke zum Restbuchwert übertragen, falls der Zweckverband diese zur Erfüllung seiner verbleibenden Aufgaben nicht benötigt. Ertragszuschüsse und Zuweisungen sind zum Auflösungsrest, Kapitalzuschüsse, Beiträge und Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Beitragsschuld sind zum Nominalwert, die von den Anschlussnehmern geleisteten Hausanschlusskosten sind zum Restbuchwert in diesem Fall in Abzug zu bringen. Werden diese Werte vom ausscheidenden Mitglied nicht anerkannt, sind sie von einem unabhängigen Sachverständigen bindend festzustellen. Soweit der Zweckverband die Vermögensgegenstände unentgeltlich erhalten hat, sind sie dem ausscheidenden Verbandsmitglied unentgeltlich zu übertragen. Noch nicht verwendete Zuschüsse aus öffentlichen Kassen für Maßnahmen nach Satz 1 sind zu übertragen.

(5) Bei Vereinigung oder Eingliederung des Zweckverbandes mit oder zu einem anderen Zweckverband kann jedes Verbandsmitglied aus wichtigem Grund sein Ausscheiden aus dem neuen Zweckverband erklären. Das Ausscheiden ist durch Beschluss des Zweckverbandes in Abweichung zum Absatz 1 Satz 1 mit einfacher Mehrheit der Verbandsver-

sammlung festzustellen. Die Erklärung gemäß Satz 1 bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Auf Antrag eines Beteiligten entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde, wenn dem Verlangen auf Ausscheiden vom Zweckverband nicht entsprochen wird. Im Übrigen gelten die Festlegungen des Absatzes 2 Satz 2 und der Absätze 3 und 4.

(6) Abs. 1 bis Abs. 4 gelten sinngemäß, soweit die Versammlung wegen der vorsätzlichen Gefährdung der Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes durch ein Verbandsmitglied den Ausschluss des Mitgliedes beschließt.

§ 26

Auflösung des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband kann mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder seine Auflösung beschließen, sofern Gründe des öffentlichen Wohls der Auflösung nicht entgegenstehen, insbesondere die weitere Aufgabenerfüllung gesichert ist, keine unvertretbaren haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen zu erwarten sind und sich die Verbandsmitglieder über die Auseinandersetzung geeinigt haben. Der Beschluss über die Auflösung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Bei Auflösung haben die Mitgliedsgemeinden das Recht, die auf ihrem Gebiet liegenden Gegenstände des Anlagevermögens zum Restbuchwert zu übernehmen. Im Übrigen ist das nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Zweckverbandes auf die Verbandsmitglieder unter Anrechnung der übernommenen Gegenstände zu verteilen. Dies gilt nicht, wenn der Auflösungsbeschluss der Versammlung einen Gesamtrechtsnachfolger bestimmt, der durch die Verbandsmitglieder bestätigt wird. Der Verteilungsschlüssel bestimmt sich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl des jeweiligen Verbandsmitgliedes zur gesamten Einwohnerzahl im Verbandsgebiet. Maßgebend ist die Einwohnerzahl, die vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen jeweils zum 30. Juni des Vorjahres herausgegeben wird. Die Mitgliedsgemeinden können mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde eine von Satz 4 abweichende Vereinbarung zur Verteilung des Verbandsvermögens treffen.

(3) Die Abwicklung des Zweckverbandsvermögens gemäß Absatz 2 wird durch die Versammlung in ihrer Besetzung vor der Auflösung durchgeführt.

(4) Das zum Zeitpunkt der Auflösung des Zweckverbandes beschäftigte hauptamtliche Personal ist nach den Grundsätzen des Absatzes 2 von den Mitgliedern zu übernehmen. Sofern Verbandsmitglieder keine Bediensteten übernehmen oder der Verband Aufwendungen für die Ablösung von Arbeitsverhältnissen hat, kann er bestimmen, dass Sonderumlagen zu entrichten sind.

(5) Wird der Zweckverband aufgelöst, haften die Mitgliedsgemeinden für Verbindlichkeiten des Zweckverbandes als Gesamtschuldner. Für Verpflichtungen des Zweckverbandes, die nur einheitlich erfüllt werden können und die über die Abwicklung hinauswirken, bleiben die Verbandsmitglieder Gesamtschuldner, welche zum Zeitpunkt der Verbandsauflösung Verbandsmitglied waren. Für die Erfüllung solcher Verpflichtungen ist, sofern bei der Auflösung nicht anderes vereinbart wird, die Gemeinde, in der der Sitz des Zweckverbandes vor seiner Auflösung war, zuständig. Diese zu erbringenden notwendigen Leistungen haben die übrigen ehemaligen Verbandsmitglieder dieser Gemeinde anteilig nach dem Maßstab des Absatzes 2 zu erstatten.

(6) Der Zweckverband ist aufgelöst, wenn seine Aufgaben vollständig auf eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übergehen oder wenn er nur noch aus einem Verbandsmitglied besteht. Im letzteren Fall tritt das Verbandsmitglied an die Stelle des Zweckverbandes.

§ 27
Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Oschatz, den 21.09.2021

Abwasserverband Untere Döllnitz
Kretschmar
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung der Ingenieurkammer Sachsen über Veränderungen in der Liste der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen

Vom 25. Oktober 2021

Die Ingenieurkammer Sachsen ist gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 10 des Sächsischen Ingenieurgesetzes und gemäß §§ 36 Absatz 1, 36a der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3562) geändert worden ist, zuständige Behörde für die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen auf dem Gebiet des Ingenieurwesens einschließlich Bauwesen.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 30. September 2021 sind in der Liste der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen folgende Veränderungen vorgenommen worden:

Eintragungen

Frau Dipl.-Ing. Elke Pollnow,
04129 Leipzig
(Bestellungsgebiet: Verkehrsflächen in Pflasterbauweise)

Frau Prof. Dr.-Ing. Sylvia Heilmann,
01796 Pirna
(Bestellungsgebiet: Baulicher Brandschutz)

Herr Dr.-Ing. Michael Kerreit,
04299 Leipzig
(Bestellungsgebiet: Baugrunduntersuchung und Gründungen)

Herr Dipl.-Ing. Steffen Ulbricht,
09669 Frankenberg
(Bestellungsgebiet: Altfahrzeugentsorgung)

Herr Dipl.-Ing. (FH) Tobias Beutlich,
01307 Dresden
(Bestellungsgebiet: Elektrische Geräte der Medizintechnik mit physikalischen Wirkprinzipien)

Herr Dipl.-Ing. (FH) Thomas Baumgartl,
01217 Dresden
(Bestellungsgebiet: Elektrische Geräte der Medizintechnik mit physikalischen Wirkprinzipien)

Herr Dipl.-Ing. Jens-Peter Groß,
01217 Dresden
(Bestellungsgebiet: Mauerwerksbau)

Herr Dipl.-Ing. Viktor Höschele,
01156 Dresden
(Bestellungsgebiet: Mess-, Steuer-, Regel- und Leittechnik in der Gebäudeautomation)

Herr Dipl.-Ing. Ronald Stooß,
01477 Arnsdorf
(Bestellungsgebiet: Erd- und Grundbau)

Herr Dipl.-Ing. Steffen Müller,
01217 Dresden
(Bestellungsgebiet: Baugrundbeurteilung, Geokunststoffe, Erdbau für Verkehrswege einschließlich Böschungen)

Herr Dipl.-Ing. Geraf Bochmann,
09127 Chemnitz
(Bestellungsgebiet: Schäden an Gebäuden)

Herr Dr.-Ing. Gunter Kaule,
01936 Königsbrück
(Bestellungsgebiet: PC-Hardware und Standardbetriebssysteme)

Herr Dipl.-Ing. (FH) Bernd Schumann,
04420 Markranstädt
(Bestellungsgebiet: Kraftfahrzeugschäden und -bewertung)

Frau Dipl.-Ing. Renate Elvira Hohenberger,
08371 Glauchau
(Bestellungsgebiet: Schäden an Gebäuden)

Herr Dipl.-Ing. (FH) Torsten Seidel,
01936 Königsbrück
(Bestellungsgebiet: Kraftfahrzeugschäden und -bewertung)

Herr Dipl.-Ing. (FH) Henry Hummel,
08309 Eibenstock
(Bestellungsgebiet: Kraftfahrzeugschäden und -bewertung)

Herr Dr.-Ing. Henry Rönitzsch,
01705 Freital
(Bestellungsgebiet: Außenbeleuchtungsanlagen)

Frau Dipl.-Ing. Almuth Große,
04155 Leipzig
(Bestellungsgebiet: Erd- und Grundbau, baugrundbedingte Schäden, Bauwerksabdichtungen im erdberührten Bereich)

Herr Dipl.-Ing. Andreas Meßerschmidt,
04880 Wörblitz
(Bestellungsgebiet: Schäden an Gebäuden)

Herr Dipl.-Ing. Norbert Nieke,
01217 Dresden
(Bestellungsgebiet: Holzschutz)

Herr Dr.-Ing. Uwe Knobloch,
08062 Zwickau
(Bestellungsgebiet: Baugrunderkundung, Baugrunduntersuchung und -beurteilung)

Herr Dipl.-Ing. Thomas Frick,
09350 Lichtenstein
(Bestellungsgebiet: Schäden an Gebäuden)

Herr Dipl.-Ing. Benno Günther,
01159 Dresden
(Bestellungsgebiet: Schäden an Gebäuden)

Löschungen

Herr Dipl.-Ing. Klaus Wirth,
04155 Leipzig
(Bestellungsgebiet: Schäden an Gebäuden)

Herr Ing. Jürgen Hahn,
04289 Leipzig
(Bestellungsgebiet: Baulicher Brandschutz)

Herr Dipl.-Ing. (FH) Wolfgang Männle,
08236 Ellefeld
(Bestellungsgebiet: Stahlhochbau)

Herr Dr.-Ing. Klaus-Erich Nowak,
04416 Markkleeberg
(Bestellungsgebiet: Korrosion und Korrosionsschutz in
Böden und Gewässern)

Abweichend von der vorstehenden Bekanntmachung von Änderungen in der Liste der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen kann die Bestellungswirkung in Einzelfällen kraft Befristung durch die vormals zuständige Bestellungskörperschaft und Fristablauf erloschen sein.

Dresden, den 25. Oktober 2021

Ingenieurkammer Sachsen
Rechtsanwalt Walter Oertel
Vorsitzender des Eintragungsausschusses

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 4 85 26 0
Telefax: 0351 4 85 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

18. November 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 11,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 